

Zeitenwende oder Dauerschleife?

Wege aus dem Faschismus

**Wem gehört die Demokratie?
Vom Protest der Stimmlosen**

Wie politische Partizipation und Protest ohne
Wahlberechtigung aussehen können S. 20

Die Schuld des Schweigens

Susanne Scholl und das Ringen um ein
entnazifiziertes Österreich S. 24

„Erschreckt sie nicht, sie sind so zart!“
Über Proteste und deren Auftreten S. 58

**AKTION
VERLÄNGERT
BIS 19.12.2024**

**SCAN ME IF
YOU CAN!**



**DEIN GRATIS
STUDENTENKONTO.**

Das Studentenkonto ist gratis, ein positiver Kontosaldo vorausgesetzt. Gutscheinkarte gültig bis 19.12.2024 bei erstmaliger Kontoeröffnung. Gutscheine wahlweise von IKEA, MediaMarkt oder Gurkerl. Alle Infos auf studenten.bankaustria.at

Editorial

Anlässlich der Nationalratswahl, die im September stattgefunden hat, widmen wir diese Ausgabe der politischen Landschaft in Österreich.

Bei der Konzeption der Ausgabe haben wir uns gefragt, welche Auswirkungen der immer salonfähiger werdende Rechtsextremismus hat und ob die sogenannte ‚Brandmauer gegen rechts‘ ein ernstzunehmender Schutz vor antidemokratischen Akteur*innen ist. Wir waren uns einig, dass es jetzt mehr braucht, als nur ‚gegen rechts‘ zu sein. Aber wohin wollen wir?

Gibt es dieses ‚wir‘ überhaupt?

Welche Visionen haben linke Strömungen momentan?

Wie kommen wir aus dem permanenten Abwehrkampf gegen die Rechte hin zu einem Vorantreiben der Linken?

Im Open Call für diese Ausgabe haben wir Studierende und junge Journalist*innen dazu aufgefordert, über mögliche Wege aus dem rechten Sumpf Österreichs nachzudenken.

Müssen wir in einen Dialog treten mit den vermeintlich unverstandenen, gesellschaftlich abgehängten Rechtsextremen?

Muss sich die Linke radikalisieren, um für die bevorstehenden Jahre gewappnet zu sein?

Ist mehr Aufruhr und Solidarität untereinander gefordert?

Wir freuen uns sehr, dass uns eine große Bandbreite unterschiedlicher Texte erreicht hat, die sich mit verschiedenen theoretischen und realpolitischen Aspekten rund um das Wahlergebnis auseinandergesetzt haben.

Die Vielzahl an Artikeln, Interviews und Rezensionen sollen ein Anstoß zum Weiterdenken und Aktivwerden sein.

Viele Fragen bleiben offen, vieles ist noch zu tun. Wir bleiben in Bewegung.

Elis Janin K. Dornig Pürmayr
N. Eder F. Pfleger

Inhaltsverzeichnis

06	Antiautoritärer Antifaschismus Offenes Antifa Treffen	42	Die Psychologie des (Anti-)Faschismus: Die sozialpolitische Funktion von Sport in einer postmigrantischen Gesellschaft Lex Sailer
10	Alte Ideen, neue Taktik Nadja Etinski	46	„Nie Wieder“ ohne Verantwortung? Felix Schmitz-Stevens
14	Die Demokratie hat ein Demokratie-Problem Diana Röthlinger	48	Eine österreichische Malaise David Mehlhart
20	Wem gehört die Demokratie? Vom Protest der Stimmlosen Tamara Mijatovic	54	Kein verzichtbarer Luxus Leonie Pürmayr
24	Die Schuld des Schweigens – Susanne Scholl und das Ringen um ein entnazifiziertes Österreich India Böhm	58	„Erschreckt sie nicht, sie sind so zart!“ Hannes Zaunhuber
28	Die Bezahlkarte kommt nach Österreich Jonathan Vogt	62	Buchtipps Kristina Dertnig Nadja Etinski Leonie Pürmayr
32	Inland: Ein Film über FPÖ-Wähler*innen und ein Plädoyer für mehr Dialog Marc Necker Velez	66	Ausblick & Impressum
38	Sometimes antisocial, always antifascist Sebastian Müllner		

Antiautoritärer Antifaschismus

Was es in Zeiten wie diesen, in denen Rechtsextreme im und außerhalb des Parlaments auf dem Vormarsch sind, braucht, ist eine starke, antifaschistische Linke. Das wird nur mit Selbstreflexion und -kritik möglich sein.

Machen wir uns nichts vor, Österreich steht so weit rechts wie schon lange nicht mehr.

Die FPÖ ist Ende September 2024 mit den meisten Wähler*innenstimmen in den Nationalrat gewählt worden, der Burschenschafter Walter Rosenkranz ist Nationalratspräsident und auch auf der Straße sind Neonazis auf dem Vormarsch. Was es deshalb braucht, ist eine starke, antifaschistische Linke.

Doch gerade in Zeiten des autoritären Backlash reicht es nicht, einfach irgendwie gegen Rechts zu sein. Neben konsequentem und offensivem Antifaschismus braucht es auch Selbstreflexion und Selbstkritik.

Um das trotz der ziemlich unzugänglichen linken Szene zu ermöglichen, gibt es seit 2017 das *Offene Antifa Treffen Wien* (OAT).

Es bietet die Möglichkeit, sich antifaschistisch zu vernetzen, zu organisieren und auch zu politisieren. Es ist ein Anlaufpunkt für alle antifaschistischen, feministischen, antirassistischen, antisemitismuskritischen und generell Diskriminierungen ablehnende Personen, die sich autonom und antiautoritär organisieren möchten – fernab von Parteijugenden oder NGOs.

Was bedeutet es aber, sich antifaschistisch zu organisieren?

Weshalb soll das OAT ein Ort der antiautoritären Organisierungsmöglichkeit sein?

Im Zuge antifaschistischer Organisierung darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl inhaltliche Positionierung als auch antifaschistische Praxis stets mit ihrer eigenen Begründung und Reflexion verbunden sein muss. Denn nur, weil wir uns selbst als links begreifen, sind wir nicht automatisch davon befreit, diskriminierendes Verhalten oder Herrschaftsmechanismen zu reproduzieren. Genauso wichtig ist es, das ‚Wie‘ der Organisierung zu beachten.

Das Verhältnis, das wir – als Linke – zu Autorität haben, bestimmt die Form unserer Organisierung, also ob sich Linke in Form einer Partei, eines Vereins oder in einer autonomen Kleingruppe organisieren.

Das Verhältnis zu Autorität beeinflusst den politischen Anspruch und die politische Ausrichtung: In welchem Bezug stehen wir in unserer politischen Organisierung zueinander?

In welcher Wechselwirkung stehen wir zur Welt? Wie wollen wir sie verändern?

Durch diese Fragestellungen wird bereits klar, dass nicht nur ein kollektives Wir angesprochen wird, sondern durchaus auch das Individuum.

Ursprung

Aus historischer Perspektive stammt das Gegenüber von ‚autoritären‘ und ‚antiautoritären Linken‘ aus der Zeit der Oktoberrevolution 1917 und ihren Nachwirkungen. Man könnte hier auch von ‚leninistischer‘ und ‚anti-leninistischer‘ Linken sprechen.¹ Diese Polarisierung ist, auf die heutige Zeit bezogen, oft nicht mehr in dieser Eindeutigkeit vorzufinden. Es gibt sehr viele Zwischenstufen – doch obwohl der deutschsprachige Raum aufgrund der NS-Täterrolle und des DDR-Zusammenbruchs eine Sonderrolle einnimmt, ist insbesondere in den letzten Jahren eine geringgradige Wiedererstarkung autoritärer Gruppen zu bemerken.

Autoritär – antiautoritär

Autoritäre Linke stehen dafür, den Blick weniger auf das Individuum und mehr auf das gesellschaftliche Ganze zu richten, sie stehen für die Organisierung in einer Parteistruktur, die – historisch bei Lenin, Stalin, Mao und Co. auf Gewalt gestützt – den Führungsanspruch in der Gesellschaft stellen soll.

Hinzu kommt eine dogmatische Herangehensweise, die auf nicht zu hinterfragenden Wahrheiten basiert – was die Partei sagt, wird nicht hinterfragt.

Als antiautoritäre Linke, die Herrschaft in jeglicher Form ablehnt, setzen wir einer vermeintlichen Befreiung von oben, zum Beispiel durch ‚die Partei‘, die Emanzipation entgegen. Dabei ist Emanzipation gedacht als die Selbstbefreiung von Individuen aus Abhängigkeitsverhältnissen.

Herrschaftsverhältnisse radikal zu kritisieren und verändern ist im Rahmen von politischer Praxis in Parteien und ihren Vorfeldorganisationen nicht möglich, denn sie sind selbst Teil dieser.

Linke Parteijugenden und NGOs arbeiten nicht auf einen Systemwandel hin und schaffen sich somit immer wieder selbst ihre Existenzberechtigung.

Wir – als antiautoritäre, radikale Linke – versuchen auch undogmatisch zu handeln, halten also nicht an absoluten Wahrheiten fest und treten für Ambiguitätstoleranz ein, also dafür, Gleichzeitigkeiten, Mehrdeutigkeiten und Widersprüche auszuhalten und die Welt nicht zu vereinfachen in gut und böse einzuteilen.

Gut und Böse

Was ‚Ambiguitätstoleranz‘ im politischen Alltag bedeuten kann, sei hier überblicksartig dargelegt: In (kriegerischen) Konflikten stehen sich nicht notwendigerweise ‚Unterdrücker‘ und ‚Unterdrückte‘ gegenüber, nationale Befreiungsbewegungen sind nicht per se emanzipatorisch und damit unterstützenswert.² Von Rassismus oder Sexismus betroffene Personen müssen nicht automatisch Verbündete oder Genoss*innen sein.³ Exemplarisch zeigt sich dies anhand der *Grauen Wölfe* in Österreich oder rechtsextremer Frauen in der FPÖ. Anhand dieser Beispiele lässt sich verdeutlichen, dass es kein schablonenhaftes Gut oder Böse gibt, sondern viele Graustufen, Gleichzeitigkeiten und Widersprüche, die nicht auf Anheb aufzulösen sind. Um eine adäquate Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik entwickeln zu können, die nicht an der Oberfläche verharrt oder sich gar ins Regressive verkehrt, darf diese Komplexität nicht ausgeblendet werden.

Das OAT als Ort für antiautoritäre politische Organisation

Was bedeuten diese Überlegungen nun für uns – als antiautoritäre Antifaschist*innen – in der Praxis? Der Abbau von Hierarchien und Autoritäten ist zentral, das bedeutet, wir widersprechen diesen, wo wir können. Kurz und allgemein: wir sind staats- und parteikritisch, wir organisieren uns nach einem basisdemokratischen und auf Konsens beruhenden Prinzip. Das bedeutet, dass wir den Anspruch haben, dass alle Personen mitbestimmen und immer nach Kompromissen gesucht wird. Größere Entscheidungen sollen möglichst von allen getragen werden können. Natürlich ist das in der Praxis oft alles andere als einfach und ein kompletter Abbau von Hierarchien utopisch, aber der Anspruch, Hierarchien abzubauen, ist da. Es gilt dabei, stets bestehende Hierarchien (zum Beispiel Wissenshierarchien aufgrund des Alters, dem Zugang zu Bildung oder gemachten Erfahrungen) zu reflektieren und zu hinterfragen, immer den Ansatz zu verfolgen, hierarchische Gefälle aufzubrechen.

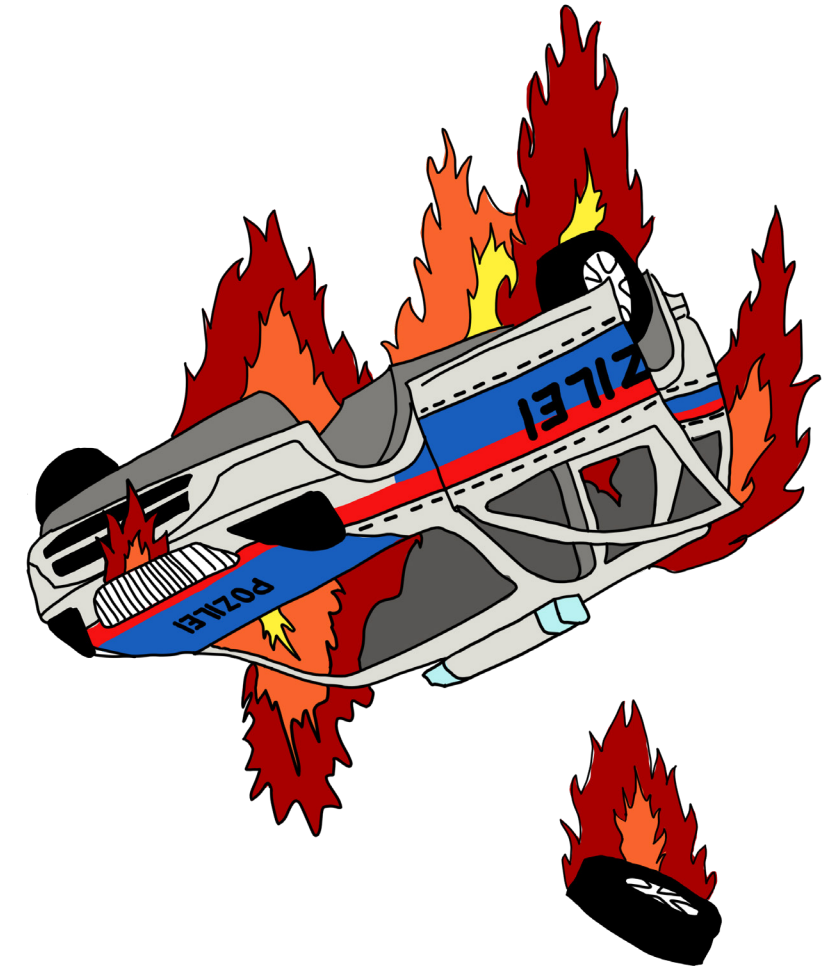
Zudem finden wir es wichtig, stets auch unser eigenes Handeln und unsere eigenen Strukturen kritisch zu reflektieren und mit Fehlern offen umzugehen und diese aufzuarbeiten. Dazu gehört zum Beispiel auch, einen Umgang mit übergriffigem Verhalten innerhalb unserer Strukturen zu finden, der diese aufarbeitet und nicht unter den Teppich kehrt.

Zusammenfassend schreibt die Bremer Basisgruppe Antifaschismus über das Verhältnis der Zugänge von Autoritären und Antiautoritären:

„An die Stelle von Massenorganisationen, Schulungen und Parteaufbau setzen wir Ideologiekritik und Selbstorganisation, Selbst- und Gesellschaftsveränderung [verstehen wir] als ein sich bedingendes, praktisches Verhältnis. Kämpfe um Verbesserungen statuen wir so mit einer organisch aus sich heraus, perspektivisch über diese Gesellschaft hinausweisenden Perspektive aus.“⁴

Für uns ist dieser Text auch ein Appell an dich: Organisiere dich antiautoritär und emanzipatorisch. Komm dafür gerne zum *Offenen Antifa Treffen*, immer am 2. Dienstag im Monat und organisiere dich mit uns gegen Rechts und für eine Gesellschaft, in der alle gut leben können!

Offenes Antifa Treffen Wien



1 Galow-Bergemann, Lothar: Autoritäres und Regressives in der Linken, gestern und heute, URL: open.spotify.com/episode/1523uGiUx3FKPrVy-niNFUj (Zugriff: 03.12.2024)

2 Mense, Thorsten: Kritik des Nationalismus, Stuttgart 2016

3 FIPU (Hg.): Rechtsextremismus. Band 3. Geschlechterreflektierte Perspektiven, Wien, Berlin 2019

4 Basisgruppe Antifa: Thesen über die autoritäre Linke, URL: bit.ly/40FlwiB (Zugriff: 04.11.2024)

Alte Ideen, neue Taktik

Nach jeder Wahl lesen wir die gleichen Schlagzeilen: Ein Triumph für die Rechten, ein Alarm für die Demokratie. Rechtsruck in Europa! Die Frage, wie dieser aufzuhalten ist, wird wieder und wieder diskutiert. In Deutschland spricht man von einer ‚Brandmauer gegen rechts‘, doch diese bleibt oft bloße Rhetorik. Solange die eigene Geschichte nicht kritisch reflektiert wird, bleibt jede Brandmauer brüchig. Rechte Politik hat in Deutschland und Österreich Tradition. Faschistische und autoritäre Tendenzen wurden nach 1945 nie konsequent überwunden, sondern leben in Strukturen, Netzwerken und Parteien fort – ein fruchtbarer Boden für rechtsextreme Politik.

Wie rechtsextreme Kontinuitäten bestehen bleiben und salonfähig werden, zeigt sich am Beispiel der FPÖ. Einst als Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialist:innen gegründet, hat sie ihren Kurs immer wieder verändert – heute gilt sie als Prototyp für den europäischen Rechtspopulismus.¹ Ihr Comeback nach dem Ibiza-Skandal zeigt, wie tief rechte Ideologien in Österreichs Kultur verwurzelt sind und wie geschickt die FPÖ ihre Strategien perfektioniert hat.

Unzureichende Entnazifizierung nach 1945

Nach 1945 bemühte sich Österreich um eine politische Identität, die sich offiziell von den Verbrechen des Nationalsozialismus abgrenzen sollte. Zentral war dabei der sogenannte Opfer-Mythos, der Österreich als erstes Opfer Hitlers darstellte. Gestützt durch die Moskauer Deklaration, diente er zur Legitimation des Staates und verdrängte Österreichs NS-Verantwortung.

Die Entnazifizierung wurde in Österreich nur halbherzig umgesetzt. Das 1947 eingeführte Nationalsozialistengesetz unterschied zwischen ‚Belasteten‘ und ‚Minderbelasteten‘. Während Erstere von politischen Rechten ausgeschlossen blieben, erhielten ‚Minderbelastete‘ 1948 durch eine groß angelegte Amnestie ihre vollen Bürger:innenrechte zurück. Rund 500.000 Menschen, die vormals aktiv in NS-Strukturen eingebunden waren, wurden damit wieder wahl- und stimmberechtigt.²

Das Ende der Entnazifizierung 1948 hinterließ nicht nur zahlreiche rechtliche Lücken, sondern

hatte auch schwerwiegende gesellschaftliche Folgen: Die NS-Ideologie blieb in sozialen und politischen Strukturen latent erhalten. Dadurch wurde der Boden für Organisationen bereitet, die später nationalistische, deutschnationale und rechtsextreme Inhalte wieder salonfähig machen sollten.

Gründung der FPÖ: Ideologische Kämpfe und Kontinuitäten

Im Nachkriegsösterreich genehmigten die Alliierten zunächst drei Parteien: die ÖVP, die SPÖ und die KPÖ, die die Grundlage des neuen Staates bildeten. 1949 wurde der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) gegründet, eine Partei für all jene, die sich weder mit der politischen Ausrichtung der Schwarzen noch der Roten identifizieren konnten.

Offiziell auf Liberalismus und Deutschnationalismus ausgerichtet, wurde der VdU rasch zum Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialist:innen. Innere Konflikte über die ideologische Ausrichtung führten schließlich zu einer Neuorganisation: Unter der Führung des ehemaligen SS-Brigadeführers, Anton Reinthaller, wurde die FPÖ gegründet.³ Die liberalen Mitglieder wurden marginalisiert, während deutschnationale Kräfte die ideologischen Kontinuitäten zu rechtsextremen Netzwerken und ehemaligen NS-Kadern bewahrten. Reinthallers Nachfolger als FPÖ-Obmann wurde 1958 Friedrich Peter, der im Krieg einer aktiv an Kriegsverbrechen beteiligten SS-Einheit als Offizier angehört hatte. In der Nachkriegszeit repräsentierte die FPÖ vor allem Teile der Gesellschaft, die sich mit dem Nationalsozialismus identifizierten oder ihn zumindest nicht deutlich ablehnten. Bei Wahlen erreichte die Partei jedoch bis in die 1980er Jahre selten mehr als fünf Prozent der Stimmen.⁴



Das Foto wurde nachträglich bearbeitet.

Die rechtspopulistische FPÖ: Von Haider bis Kickl

Jörg Haider, aufgewachsen in einer nationalsozialistisch geprägten Familie und Mitglied einer schlagenden Burschenschaft, übernahm 1986 die Parteiführung der FPÖ.

Mit ihm begann eine neue Ära für die Partei. Sie transformierte sich von einer marginalisierten Splitterpartei zu einer modernen rechtspopulistischen Massenbewegung. Mit Provokationen, rechtspopulistischen Themen und der Instrumentalisierung gesellschaftlicher Ängste etablierte Haider die FPÖ als ernstzunehmenden politischen Akteur. 1999 erzielte die Partei bei der Nationalratswahl mit 26,9 % ihren größten Erfolg.⁵

Im Jahr 2000 gab Haider den Parteivorsitz ab, um Konflikte über den Regierungsbeitritt der FPÖ zu entschärfen. Dennoch blieb er über Jahre hinweg eine prägende Figur, bis er 2005 die FPÖ verließ und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gründete. Danach übernahm Heinz-Christian Strache die Führung der Partei und baute sie mit stark islamophoben Positionen wieder auf.

Herbert Kickl, seit Mitte der 1990er-Jahre in der Freiheitlichen Akademie aktiv, schrieb Reden für Haider, organisierte Wahlkämpfe und prägte ab 2005 als Straches Redenschreiber die FPÖ-Strategie. Er schärfte Haiders populistische Strategien und prägte die FPÖ-Wahlkämpfe mit polarisierenden Slogans. Von „Wien darf nicht Chicago werden!“ unter Haider bis hin zu „Wien darf nicht Istanbul werden!“ unter Strache lässt sich eine Kontinuität in der FPÖ-Rhetorik erkennen, die aus Kickls Feder stammt.

Nachdem die FPÖ 2017 unter H.C. Strache in die Bundesregierung eintrat, wurde Kickl Innenminister. In dieser Rolle geriet er schnell in die Kritik. Höhepunkt war die BVT-Affäre 2018, als Kickl das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) von der Polizei stürmen ließ. Dabei wurden sensible Daten beschlagnahmt, darunter auch Informationen zu rechtsextremen Netzwerken und den Identitären. Kritiker:innen warfen ihm vor, das BVT gezielt schwächen zu wollen, um Ermittlungen gegen rechtsextreme Gruppen zu behindern. Die Affäre führte zu massiver Kritik und einem Vertrauensverlust bei internationalen Sicherheitsbehörden.

„We’re going to Ibiza!“⁶

Der Ibiza-Skandal erschütterte 2019 die politische Landschaft Österreichs. Das Video, in dem der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus einer angeblichen russischen Oligarchennichte ihre Bereitschaft zur Korruption versicherten, führte zum Sturz der Regierung. Der Skandal stürzte die FPÖ in eine Krise und kostete sie viele Wählerstimmen.

Doch dann kam die Corona-Pandemie. Herbert Kickl übernahm 2021 die Parteiführung und wusste die Gesundheitskrise politisch zu nutzen. Er stellte sich als scharfer Gegner der Regierung dar. Als regelmäßiger Redner auf Anti-Corona-Demos sprach er gezielt die Ängste und den Unmut breiter Bevölkerungsschichten an. Besonders in Erinnerung blieb sein Vorschlag, Pferdeentwurmungsmittel als angebliches Heilmittel gegen Corona zu verwenden – eine Empfehlung, die landesweit für Aufsehen und einen dramatischen Engpass in den Apotheken sorgte.⁷ Kickl inszeniert sich bis heute als Impfgegner. Mit dieser Haltung gewann er zahlreiche Stimmen aus der Bewegung. Zusätzlich sorgte die schlechte wirtschaftliche Lage nach der Pandemie und dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 für weitere Unsicherheit in der Bevölkerung. Diese griff die FPÖ geschickt auf, indem sie bei jeder Gelegenheit gegen Waffenzulieferungen an die Ukraine wetterten. Als „Opposition gegen das Establishment“ konnte die FPÖ unter Kickl die multiplen Krisen nutzen und sich als stärkste politische Kraft im Land etablieren. Dabei schadete ihr seit Ibiza auch kein Skandal mehr.

Grenzüberschreitungen der Grenzschutz-Partei

Nach Kickls Übernahme wurde der Ton der FPÖ rauer. Im Gegensatz zu Norbert Hofer, der nach der Ibiza-Krise als Parteiohmann rhetorisch zurückhaltender agierte, setzte Kickl verstärkt auf scharfe Kritik an sogenannten ‚Systemparteien‘ – einem Begriff, den auch Hitler verwendete. Unter Kickl hat die FPÖ vermehrt rechtsextreme Rhetorik integriert. Im Wahlkampf nannte er sich selbst ‚Volkskanzler‘ und warf den anderen Parteien

‚Volksverrat‘ vor – ebenfalls Nazi-Vokabular. Auch mit dem Ruf nach einem sofortigen Asylstopp und der Forderung einer ‚Remigration‘, also der systematischen Abschiebung von Menschen, wurden die Grenzen des Sagbaren ausgelotet. Während der sogenannte ‚Remigrationsplan‘ in Deutschland Anfang 2023 für breite Diskussionen und heftige Proteste sorgte, schien es in Österreich niemand ungewöhnlich zu finden, dass die FPÖ-Jugend bereits 2022 eine ‚Remigrationstour‘ durch Oberösterreich organisierte.⁸ Ebenso wenig stieß es auf nennenswerte Kritik, als Kickl öffentlich im Fernsehinterview erklärte, dass Asylsuchende „wenn’s notwendig ist“ auch mit Waffen von der österreichischen Grenze zurückgedrängt werden müssten.⁹

Kurz vor der Nationalratswahl 2019 wurde ein Video veröffentlicht, das FPÖ-Politiker Norbert Nemeth, Harald Stefan, Martin Graf und den Ex-FPÖler Johann Gudenus beim Begräbnis des deutschnationalen Burschenschafters Walter Sucher zeigt. Dort wurde ein Lied gesungen, das als SS-Treuelied bekannt ist. Daraufhin klagte die Jüdische Österreichische Hochschüler:innenschaft (JÖH) die Beteiligten wegen Wiederbetätigung. Dieser Vorfall weckte Erinnerungen an den Skandal von 2018, als der FPÖ-Politiker Udo Landbauer in die sogenannte Liederbuch-Affäre verwickelt war. In einem Liederbuch seiner Burschenschaft fand sich die Parole „Gebt Gas, wir schaffen die siebte Million“.¹⁰ Heute sitzt Landbauer in der niederösterreichischen Landesregierung. Weitere Ermittlungen im Rahmen eines Finanzskandals der Grazer FPÖ brachten NS-Material (und Videos von Kindesmissbrauch) ans Licht.¹¹ Trotz dieser Skandale erreichte die FPÖ bei den Landtagswahlen am 24. November auch in Graz Platz eins. Die FPÖ, bekannt für ihre Verbindungen zu Burschenschäftlern, Rechtsextremen und wiederholte Korruptions- sowie NS-Skandale, hat sich fest in der österreichischen Politik etabliert. Von ihren rechtsextremen Ursprüngen hat sie sich nie gelöst und trägt diese immer wieder in die politische Debatte. Ihre Rhetorik und Ideologie, wie der Begriff ‚Remigration‘ oder Aussagen zu Waffen an der Grenze, zeigen eine deutliche Tendenz hin zu autoritären, nationalistischen Positionen. Diese Entwicklungen zeigen die Schwächen der österreichischen politischen Kultur im Umgang mit ihrer Geschichte. Während in Deutschland der ‚Remigrationsplan‘ für breite Proteste und öffentliche Empörung sorgte, wurde er in Österreich nahezu regungslos aufgenommen – ein Zeichen dafür, dass die politi-

schen Grenzen hier bereits verschoben wurden. Was vor wenigen Jahren noch als extrem galt, wird heute in Teilen der Gesellschaft zunehmend akzeptiert.

Der Erfolg der FPÖ unter Kickl und die Normalisierung rechtsextremer Positionen zeigen, dass es längst nicht mehr darum geht, einen Rechtsruck zu verhindern – er ist längst Realität. Vielmehr geht es darum, sich gegen die Verharmlosung dieser Tendenzen zu wehren, Widerstand zu leisten und die demokratischen Grundwerte in Österreich zu stärken. Nicht nur als Abwehr autoritärer und extremistischer Strömungen, sondern als grundlegendes Ziel.

Nadja Etinski

- 1 Pelinka, Anton: FPÖ: Von der Alt-Nazi-Partei zum Prototyp des europäischen Rechtspopulismus. bpb.de, 2017. URL: <https://bitly.cx/PMQsx>
- 2 DÖW: Entnazifizierung in Österreich. URL: <https://bitly.cx/lvKyH>
- 3 Steininger, Rolf: Ein SS-Brigadeführer als FPÖ-Chef. faz.net, 2015. URL: <https://bitly.cx/ZYkSH>
- 4 Pelinka, FPÖ. bpd.de, 2017
- 5 Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahl 1999. URL: <https://bitly.cx/CzNLU>
- 6 Lied von Vengaboys
- 7 Entwurmungsmittel in Österreich ausverkauft – weil FPÖ-Chef es bei Corona empfiehlt. Spiegel.de, 2021. URL: <https://bitly.cx/B09A>
- 8 OÖ: Freiheitliche Jugend geht auf „Remigrations-tour“. freilich-magazin.com, 2022. URL: <https://bitly.cx/fooh>
- 9 Herbert Kickl im Interview bei „FELLNER!Live“ am 12.03.2024 ab Minute 13:50. URL: <https://bitly.cx/LYkw>
- 10 Horaczek, Nina: „Wir schaffen die siebte Million“. falter.at, 2018. URL: <https://bitly.cx/ArLb>
- 11 Colette M. Schmidt: Ex-FPÖ-Politiker wegen Kindesmissbrauchsmaterials verurteilt. standard.at, 2024. URL: <https://bitly.cx/Dg9FL>

Die Demokratie hat ein Demokratie-Problem

Gemeinhin heißt es, der gegenwärtige Rechtsruck sei im Kern antidemokratisch. Aber was ist, wenn die Demokratie selbst das Fundament für ein Erstarken rassistischer, nationaler und patriarchaler Kräfte legt?

In Österreich, Deutschland und weiten Teilen inner- und außerhalb Europas versuchen politische Beobachter*innen seit Jahren, den nationalen sowie internationalen Rechtsruck zu erklären, zu deuten oder manchmal gar zu negieren. Schlagworte wie ‚Demokratieverdrossenheit‘ oder ‚Entdemokratisierung‘ werden von graumelierten Moderatoren salbungsvoll durch politische Talkshows geworfen, die Sorgenfalte vermutlich schon am Vorabend vor dem Spiegel eingeübt. Der Pathos sitzt.

‚Mit denen reden‘, ‚deren Probleme ernst nehmen‘ oder ‚sie vom politischen Diskurs ausschließen‘ lauten die Lösungsvorschläge. Ein terminologischer Schutzwall wird errichtet zwischen ‚denen da‘ und ‚uns Demokrat*innen‘, zwischen denen, die durch ihr Wahlverhalten die Demokratie unterwandern und denen, die sie ritterlich verteidigen. Dass man hoch zu Ross schnell aus den Augen verliert, wie trügerisch Dichotomisierungen sein können, wird gerne ausgeblendet. Sonst müsste man sich noch damit beschäftigen, dass ‚Rechtsruck‘ der Logik des Begriffes folgend nicht am rechten Rand passiert, sondern das gesamte politische Spektrum, also auch die eigenen linken Werte und Einstellungen, umfasst. Oder man müsste sich eingestehen, dass ‚wir Demokrat*innen‘ nicht am Ende der Geschichtsschreibung stehen, ein Trugschluss, dem man im Zeitalter des Verfassungspatriotismus gerne unterliegt. Die Demokratie, so wie wir sie nicht nur politisch, sondern auch im Alltag leben und er-leben, ist nicht das vollkommene Ergebnis eines teleologischen Prozesses. Im Gegenteil: Die Demokratie ist fehlerhaft und oftmals unfähig, den Erfordernissen an eine plurale Gesellschaft gerecht zu werden. Und eben deshalb sollten wir versuchen, uns die Frage zu stellen, inwiefern unsere geliebte Demokratie selbst das Potenzial innehat, einen Rechtsruck zu evozieren, anstatt ‚die anderen‘ als Antagonist*innen der Demokratie zu definieren.

Nicht zuletzt konnte die Politikwissenschaftlerin Gundula Ludwig verdeutlichen, dass die Moderne und mit ihr die Demokratisierung nicht als Prozess der Findung und Entwicklung von universalen Menschenrechten begriffen werden darf.¹ Die Demokratie konstituierte sich nach Ludwig durch die Subjektivierung ihrer Akteure als männlich – und vor allem als weiß.

Demokratisierung bedeutet damit historisch nicht die Gewährung von mehr Individual- und Freiheitsrechten und ein Mehr an Selbstwirksamkeit für alle Subjekt

**Stattdessen muss
Demokratiengeschichte
Ludwig folgend als weltweiter
Prozess der Ausgrenzung
verstanden werden.**

Und dieser Prozess ist durch die Ausweitung demokratischer Rechte auf Frauen und Nicht-weiße nicht etwa zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil: Noch immer werden nicht-weiße Akteur*innen aus dem Subjektverständnis der Demokratie ausgeschlossen und noch immer wird Menschen, die nicht dem traditionellen Demokratieverständnis entsprechen, die ‚Fähigkeit zur Demokratie‘ abgesprochen. Oder wie könnte man sonst begründen, dass die basalen demokratischen Rechte auf kategoriell-exkludierenden Identitätsvorstellungen wie Staatsbürgerschaft, Herkunft oder Alter beruhen? Oder dass in Österreich für den Erwerb der Staatsbürgerschaft das ‚Abstammungsprinzip‘ gilt?

Diese Staatsbürgerschaft wird in den meisten Demokratien an ‚Leistung‘ gekoppelt und ‚Leistung‘ ist (im Gegensatz zur einhelligen Meinung so mancher Schlaumeier) kein romantisches ‚in Solidarität die Gesellschaft bereichern‘. ‚Leistung‘ ist in erster Linie eine selektive Qualität, die neoliberalen Imaginationen entspringt und das Ziel hat, ‚wertvolle‘ und ‚nicht-wertvolle‘ Menschen zu segregieren. Dass ‚Leistung‘ dabei stark klassistisch (und mit Sicherheit auch rassistisch) konnotiert ist, äußert sich darin, dass eine mangelnde ‚Leistungsbereitschaft‘ von ‚Langzeitarbeitslosen‘ und Superreichen vollkommen diamentral bewertet wird. Oder die Diskriminierung äußert sich in der unterschiedlichen Sorgfalt, mit der Steuerverbrechen und ‚Sozialleistungsbetrug‘ verfolgt werden. (GaLiGrü an Olaf Scholz) Hier zeigt sich, dass es auch nicht eigentlich Leistung ist, die eine juristische Integration und eine wohlwollende Behandlung in der Gesellschaft voraussetzt. Stattdessen ist unser Leistungsbegriff der Harry-Potter-Tarnumhang einer intersektionalen Diskriminierung, gemessen an neoliberalen Wertvorstellungen.

Dem zweiten Problem der nahezu monolithischen Verbundenheit von Demokratie und kapitalistischen Idealen, liegt der Wachstumsbegriff zugrunde. Gerade, wenn das Vertrauen in eine demokratische Gesellschaftsordnung untrennbar an Wirtschaftswachstum, Aufstieg und Fortschritt gekoppelt ist, kann die Nichterfüllung dieser Ideale unmittelbar zu einem Vertrauensverlust in demokratische Systeme führen.

Nicht die kapitalistische Ökonomie und ihre unerfüllbaren Versprechen, sondern die bestehende Ordnung und ihre Repräsentant*innen werden dann zur Ursache einer realen oder antizipierten Verlusterfahrung erklärt.

Dass Wachstum nicht endlos sein kann, hat der *Club of Rome* bereits 1972 eindringlich beschrieben. Trotzdem wurden seitdem kaum Anstrengungen unternommen, den ideologischen Konnex zwischen Demokratie und Wachstum aufzuheben. Dabei wird durch diese Gleichsetzung der Nährboden für all jene politischen Kräfte geschaffen, die in sozialer Gerechtigkeit ein Wirtschaftsproblem und keine demokratische Verpflichtung sehen.

Wenn wir also die vermeintliche Demokratieunfähigkeit von FPÖ oder AfD-Wählenden monieren, verlieren wir vollkommen aus den Augen, dass es gerade die ureigene Demokratiedefinition und das daraus abgeleitete Demokratieverständnis ist, das rechte Parteien beflügelt. Zum einen war die Exklusion verschiedener Subjektivitäten aus dem Demokratiebegriff kein kleines ‚Upsidupsi‘, das der Demokratie passiert ist, als sie noch jung war. Die Exklusionsmechanismen waren und sind noch immer intendiert. Zum anderen dient gerade die ideologische Verknüpfung von Demokratie und kapitalistischen Idealen dem rhetorischen Fundament rechter Bewegungen.

**Wie sollte also unsere Demokratie neu gedacht werden?
Und genügen Reformen überhaupt,
wenn die Demokratie doch bereits
intrinsisch auf exkludierenden
Wertvorstellungen beruht?**

Die zweite Frage ist einfacher zu beantworten, deshalb fange ich mit ihr an: Es ist richtig, dass die Demokratie als selektives Prinzip aus ihrer eigenen Definition die Legitimation für Grenzziehungen und Einbürgerungshürden schafft. Es ist aber auch richtig, dass wir leider (noch) keine Alternative haben. Die alte Binse bleibt wahr: Demokratie ist das Beste der schlechten Systeme. Und genauso schwer, wie man den alten weißen Mann aus Thomas Gottschalk herausbekommt, bekommt man ihn aus der Demokratie gelöst. Im Unterschied zu Gottschalk gibt es für die Demokratie aber noch einen Hoffnungsschimmer: Wir können versuchen – soweit möglich – mit demokratischen Prinzipien die Demokratie zu demokratisieren. (Wenn man das dreimal vor dem Spiegel sagt, erscheint der Geist Solons.) Anfangen könnte man zum Beispiel beim Staatsbürgergesetz.

Und nun zur zweiten Frage: Wie kann Demokratie neu gedacht werden? Eine Frage, die sich leider kaum ohne eine Prise Schwülstigkeit und ein gesundes Maß an Utopismus beantworten lässt: Ich glaube, es geht nicht darum, Demokratievorstellungen zu entökonomisieren. Dass Demokratie – zumindest in der Theorie – auch mit wohlfahrtsstaatlichen Idealen verknüpft ist, ist gut. Und auch von Wachstumsidealen müssen wir die Moderne nicht künstlich befreien – wie auch? Ich glaube aber, dass man zumindest den Wachstumsbegriff umdeuten und ihn aus seinem materiellen Korsett lösen muss.

Die Erfüllung eines Wachstumsideals muss nicht in Prozenten definiert werden.

Wachstum kann genauso gut in Wissenschaft, Kunst oder – Gott bewahre! – in Freizeit gemessen werden. Doch dazu braucht es alternative Erzählungen und neue Imaginationen, die es mit demokratischen Idealen in Einklang zu bringen gilt. Und es braucht sie dringender denn je.

Diana Röthlinger



Wem gehört die Demokratie?

Vom Protest der Stimmlosen

In Österreich sind 1,5 Millionen Menschen nicht wahlberechtigt, weil sie nicht die Staatsbürgerschaft haben. Dieser Ausschluss gefährdet die Demokratie und ruft nach neuen Formen politischer Teilhabe.

Betrachtet man das Einbürgerungsgesetz und Wahlrecht, gehört Österreich zu den restriktivsten Ländern im EU-Vergleich.

Die Zahl der Menschen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht wählen dürfen, steigt von Jahr zu Jahr an, während die Zahl jener, die wahlberechtigt sind, sogar schrumpft.

Jede fünfte Person darf in Österreich nicht wählen.¹

Wie groß muss der Anteil an Nicht-Wahlberechtigten noch werden, bis es demokratisch nicht mehr vertretbar ist?

Wie lange lässt sich eine solche Entwicklung noch demokratisch legitimieren?

Es ist an der Zeit, politische Partizipation für alle in Österreich lebenden Menschen einzufordern. Denn wer in einer Demokratie lebt und sich an die Gesetze halten muss, sollte auch mitbestimmen dürfen. Ein Wahlrecht, das sich nach dem Wohnort und nicht nach der Staatsbürgerschaft richtet, wäre demokratiepolitisch sinnvoller. Dann würden sich auch mehr Menschen von der Politik repräsentiert und sich dem Land, in dem sie leben, zugehörig fühlen.

Migrant*innen als Objekte

Nach der Nationalratswahl und der Mandatsverteilung ist an eine baldige Reform des Wahlrechts oder des Einbürgerungsprozederes nicht zu denken. Denn Herbert Kickl, Kopf der derzeit stimmenstärksten Partei *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) mit fast 30 Prozent, träumt immer wieder von ‚Remigration‘ – gemeint ist die Deportation – von Menschen.

Und auch die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) und Teile der *Sozialdemokratischen Partei Österreichs* (SPÖ) driften immer weiter nach rechts. Geflüchtete Menschen, Migrant*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund finden sich in der Politik nur selten als Subjekte, sondern eher als Objekte wieder. Es wird nicht für sie, sondern mit ihnen Politik gemacht.

Integration wird dabei immer nur als Forderung formuliert, anstatt beispielsweise Inklusion am Arbeitsmarkt voranzutreiben.

Herbert Kickl spricht sogar von Remigration österreichischer Staatsbürger*innen und plakatiert eine Festung Europa – ein Begriff aus der NS-Zeit. Gemeint ist damit ein Asylstopp, Aufnahmezentren außerhalb Europas und mehr Abschiebungen. Wie dieses Programm mit der *Europäischen Menschenrechtskonvention* (EMRK) in Einklang zu bringen ist, lässt sich nicht ausmachen.

Aber dass Herbert Kickl nicht viel von der EMRK hält, hat er bereits mehrfach durchklingen lassen.

Der europäische Grenzschutz und die Grenzschutzagentur *Frontex* untergraben seit Jahren Menschenrechte, unter anderem das Recht auf Asyl, indem sie Boote ins Mittelmeer zurückschicken und in illegale Pushbacks involviert sind.² Dadurch geraten Menschen in Seenot und sterben oder sie werden in libysche Gefängnisse zurückgeschoben.

Die Festung Europa existiert bereits.

Mit einer FPÖ als stärkster Partei im Nationalrat und einer starken Rechten innerhalb der EU ist für das politische Bestehen dieser Festung kein Ende in Sicht; vielmehr sind weitere Verschlechterungen für Menschen auf der Flucht zu erwarten.

Streik, Protestcamp, transnationale Solidarität

Es braucht ein klares Zeichen aus der Zivilbevölkerung gegen Rassismus und menschenverachtende Politik und eine breite Bewegung, die Betroffenen nicht nur inkludiert, sondern von Betroffenen angeführt wird.

Dies kostet Ressourcen und Energie, die diskriminierte und ausgegrenzte Personen nicht haben, da sie in ihrem Alltag mit vielen Herausforderungen kämpfen müssen, die sie zeitlich einschränken und Handlungsmöglichkeiten einengen. Nichtsdestotrotz gab es in den letzten Jahren einige Beispiele von groß angelegten Protesten in Europa und den USA.

In den 1970ern legten in Deutschland in Köln und in Neuss auf dem Gelände der *Pierburg* GmbH Migrant*innen zum ersten Mal die Arbeit nieder. Der Streik auf dem Gelände von *Pierburg* wurde von der weiblichen, zum größten Teil migrantischen Belegschaft initiiert.²

In den frühen 2000ern kamen Protestformen wie der *Tag ohne Migrant*innen* in den USA hinzu: ein Tag, an dem Migrant*innen zum Streik gegen eine rassistische Gesellschaft aufriefen.

Über eine Millionen Menschen beteiligten sich an dem Protest.

Am 1. März 2011 wurde in Österreich, inspiriert von den Bewegungen in den USA, Frankreich und Italien, der transnationale Migrant*innenstreik ausgerufen.³

Durch den Streik wurde sichtbar, wie groß die Zahl der Menschen war, die politisch nicht die gleichen Rechte hatten wie Staatsbürger*innen und wie wichtig deren ökonomischer und kultureller Einfluss im öffentlichen Leben war. 2012 kam es zu Protestcamps in Deutschland und Österreich. Asylwerbende marschierten von Traiskirchen nach Wien, besetzten den Sigmund-Freud-Park und die Votivkirche im Rahmen des Refugee-Protest-Camps und forderten von der Politik eine Grundversorgung, Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie uneingeschränkte Bewegungsfreiheit.⁴

Breite Bündnisse und unterschiedliche Lebensrealitäten

Sich derart zu exponieren birgt für von Rassismus betroffene Menschen immer ein Risiko.

Sie werden noch mehr angefeindet, missverstanden oder attackiert; von Medien, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und natürlich der Politik.

Deswegen braucht es ein breites Bündnis wie den Migrant*innenstreik, mit dem sich eine große Gruppe solidarisieren kann: Asylwerbende, in Österreich geborene oder als Gastarbeiter*innen vor 50 Jahren nach Österreich migrierte.

Gemeinsam aufzurufen, die Arbeitskraft nicht mehr zur Verfügung zu stellen und die Arbeit niederzulegen, könnte ein Anfang sein. Andere Protestformen für mehr politische Teilhabe könnten folgen.

Initiativen wie die *Pass-Egal-Wahl* von SOS Mensch, bei der Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft symbolisch zur Urne schreiten, werden immer wichtiger und verzeichnen eine Rekordbeteiligung von 20 000 abgegebenen Stimmen. Dies zeigt, dass es ein deutliches Interesse am Thema Wahlen und an politischer Beteiligung bei Menschen ohne österreichische Staats-

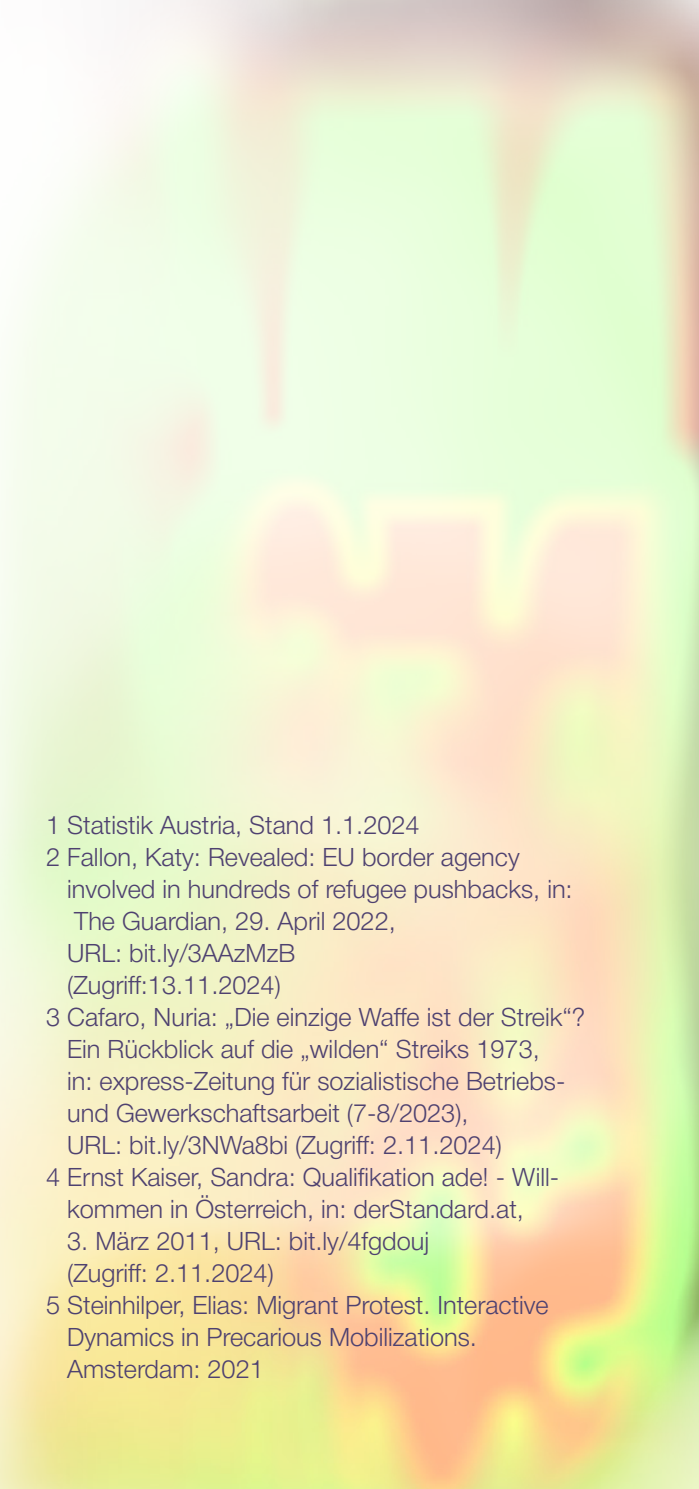
bürgerschaft gibt. Wenn sich politische Parteien um die Stimmen dieser Menschen bemühen müssten, würden auch Parteiprogramme anders aussehen.

Solange aber der Ausschluss all dieser Personen von den Wahlen Realität ist, braucht es ein breites Bündnis von Menschen mit unterschiedlichsten Lebensrealitäten: von Menschen in schlecht bezahlten systemrelevanten Berufen mit befristeten Arbeitstiteln, Asylwerbenden und Menschen mit Migrationshintergrund in einflussreichen Positionen – alle könnten an einem Strang ziehen.

Gerade letztere braucht es, da diese bereits häufig mehr Handlungsfähigkeit und eventuell auch die Staatsbürgerschaft haben.

Es braucht viele Verbündete, Nicht-Betroffene und ehemals Betroffene, Menschen mit politischer Stimme und Menschen, die politisch nicht als Subjekte wahrgenommen werden, um gesellschaftlichen Wandel hervorzurufen und alle Interessen abzubilden.

Tamara Mijatovic



- 1 Statistik Austria, Stand 1.1.2024
- 2 Fallon, Katy: Revealed: EU border agency involved in hundreds of refugee pushbacks, in: The Guardian, 29. April 2022, URL: bit.ly/3AAzMzB (Zugriff: 13.11.2024)
- 3 Cafaro, Nuria: „Die einzige Waffe ist der Streik“? Ein Rückblick auf die „wilden“ Streiks 1973, in: express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (7-8/2023), URL: bit.ly/3Nwa8bi (Zugriff: 2.11.2024)
- 4 Ernst Kaiser, Sandra: Qualifikation ade! - Willkommen in Österreich, in: derStandard.at, 3. März 2011, URL: bit.ly/4fgdouj (Zugriff: 2.11.2024)
- 5 Steinhilper, Elias: Migrant Protest. Interactive Dynamics in Precarious Mobilizations. Amsterdam: 2021

Die Schuld des Schweigens

Susanne Scholl und das Ringen um ein entnazifiziertes Österreich

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen lassen ein ernüchterndes Gefühl zurück. Ernüchternd für die Jugend, ernüchternd für Erwachsene, vor allem aber ernüchternd für jene, die zurückblicken können: Zeitzeug*innen.

Vor 79 Jahren wurde den Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges ein Ende gesetzt und die Nazis besiegt.

„Waren sie wirklich besiegt? Und wo waren all jene, die nicht nur einfach mitgelaufen sind? Wo vor allem war das Denken, das solche Menschen über Jahrzehnte, ja eigentlich schon über Jahrhunderte beherrscht hatte?“¹

Diese Fragen stellt die Schriftstellerin und Nachkriegszeugin Susanne Scholl in ihrem Buch „Schäm dich, Europa! Warum wir nicht mit einer Lüge Leben sollten“.

Das Ohnmachtsgefühl, die generationenübergreifenden Nachwirkungen, die Trägheit des Hasses – all das hat Susanne Scholl, Kind einer jüdischen Familie, am eigenen Leib erfahren müssen.

Haben wir aus unserer Geschichte gelernt?

In unserem Interview berichtet Scholl von der zerstörerischen Macht des Totschweigens, den erschreckenden Anfängen, aktuellen Entwicklungen – und davon, warum es dennoch Hoffnung gibt.

Österreich 2024: Man könnte meinen, dass Österreich ein Land sei, das aus seiner Geschichte gelernt habe. Es ist zu erwarten, dass Österreich sich um Entnazifizierung bemüht hat. Zu dunkel die Vergangenheit, zu groß die Verantwortung, zu eng die Bredouille. Nach den Ergebnissen der Nationalratswahl, bei welcher die FPÖ ein historisch hohes Ergebnis erzielte, stellt sich nun die Frage: Bewegen wir uns im Zuge der Entnazifizierung Österreichs in die richtige Richtung? Susanne Scholl beschäftigt sich mit dieser Frage schon seit Jahrzehnten. Mit tatsächlicher Entnazifizierung hätte Österreich, so Scholl, gar nicht erst begonnen. Ihrer Ansicht nach sei das Land nach wie vor von alten Strukturen durchzogen, die eine echte Aufarbeitung erschwerten. Scholl betont, dass Österreich oft lieber wegsehe, anstatt sich mit seiner Vergangenheit zu konfrontieren und hebt hervor, dass die historische Verantwortung, insbesondere bei der Bekämpfung rechtsextremer Ideologien, weitgehend vernachlässigt worden sei.

„So ein Gedankengut wie das der Nazis verschwindet ja nicht von heute auf morgen“, sagt Scholl.

Nicht nur das Schweigen, sondern auch generelle Mängel an politischer Selbstreflexion, die sie als Teil der Nachkriegsgeneration besonders prägte, beobachtet Scholl. Die Nachwehen des Nationalsozialismus seien nicht nur in politischen Programmen erkennbar, sondern auch in der sozialen Struktur verankert – dort, wo immer noch Vorurteile aufrechterhalten und salonfähig gemacht würden. Österreich hätte sich oft hinter einer Opferrolle versteckt, die tatsächliche Verantwortung aber nicht übernommen.

Das Ergebnis: Ein gefährlicher Nährboden für das Wiederaufkeimen solcher Ideen.

Es zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen einem Land, das aufgrund seiner historischen Verantwortung jenen helfen sollte, die Schutz suchen, und einem Land, das nach wie vor von Hass und Diskriminierung geprägt ist. Statt sich für Integration und Toleranz einzusetzen, wird immer wieder deutlich, dass die Gesellschaft in vielen Bereichen noch immer mit Vorurteilen und Ressentiments kämpft. Diese Spannungen werfen die Frage auf, ob der Nationalsozialismus noch immer als Schatten über Österreich liegt.

Scholl spricht von braunen Überresten und diskriminierendem Gedankengut. Der Nationalsozialismus sei zwar nicht mehr vorhanden, aber es seien noch genug Menschen da, die so denken. Es gehöre bloß nicht mehr zum „guten Ton“, darüber zu sprechen. Und genau diese Menschen – jene, die das Gedankengut der Nazis, den Hass des Faschismus gegenwärtig in sich tragen – tragen zur Angst und zum Ohnmachtsgefühl Schutzsuchender bei. Der Hass zeigt sich nicht zwingend durch Hitlergrüße und Naziparolen. Auch in der „sogenannten politischen Mitte“ fruchtet er, beobachtet Scholl. Die intransparenten Strukturen des faschistischen Gedankenguts sind subtiler, aber dennoch zerstörerisch. Gerade diese Ebene zeigt, dass Gesetze nicht ausreichen, um den Grundbausteinen solcher Ideologien entgegenzuwirken. Immer mehr, sagt Scholl, rücke das österreichische ‚Wir sind wir‘ in den Vordergrund – eine grundlegend fremdenfeindliche Einstellung.

„Fantasien vom Austritt aus der EU, Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Land schmeißen – das alles sind mehr als nur beängstigende Geschichten, und die hören wir momentan sehr viel.“

Hass scheint so salonfähig wie nie. Er hat System. Sowohl in den hinteren als auch in den vorderen Reihen unserer Gesellschaft scheint er Platz zu finden. Doch wie wirkt man diesem Trend entgegen? Was können wir tun? Wie können wir, als Gesellschaft, den wachsenden Einfluss rechtsextremer Ideologien eindämmen?

„Wenn ich das wüsste, hätte ich bestimmt schon den Nobelpreis“, lacht Scholl. „Ich denke, dass jeder in seinem Umfeld laut werden muss. Man darf nicht mehr umdrehen und gehen. Man muss laut werden. Man muss auch auf die Straße gehen.“

Schon seit Jahren plädiert Scholl außerdem für ein neues Zeitzugenprogramm: „Man bekommt mehr Mitgefühl.“, sagt sie.

Erfolgreiche Entnazifizierung sei nur mithilfe von Mitgefühl und Empathie möglich. Während betroffene Personen um Mitgefühl mit ihnen kämpfen, hetzen Parteien wie die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gegen sie, und scheinen noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Von Parteiverboten hält Scholl trotzdem nichts:

„Man treibt die Leute in den Untergrund und erlaubt es ihnen, sich in eine Märtyrerposition zu begeben.“

Man müsse sich bemühen, mit den Leuten zu reden, sie zu überzeugen, dass sie in die falsche Richtung laufen – auch, wenn das schwer ist.

Ein Parteiverbot scheint hier zu kurz gedacht und erinnert ebenfalls stark an das Narrativ der Stunde Null, einer These, die besagt, dass faschistoides Denken sowie der Nationalsozialismus mit 1945 ein Ende gefunden hätten. Doch es ist sinnhaft, sich zu fragen, wo all das Denken, das diese Gräueltaten zu verantworten hat, seinen Ursprung fand- und wo es sich gegenwärtig befindet.

Der Kampf um ein entnazifiziertes Österreich ist noch lange nicht gewonnen. Es liegt an uns, nicht länger wegzusehen und dem Schweigen ein Ende zu setzen. Wir müssen laut werden – für jene, deren Stimmen nicht gehört werden, und all jene, die von der Macht des Hasses zum Schweigen gebracht werden.

Es braucht einen krummen Weg. Einen Weg, der Diskussionskultur fördert, allen Menschen eine Stimme gibt – und gleichzeitig Menschenverachtende Ideologien kritisiert.

Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, die wirklich aus ihrer Vergangenheit lernt und der Ideologie des Hasses keine Chance mehr gibt.

**„Ich hoffe immer auf die Jugend.
Ihr seid's viel g'scheiter als wir.
Ich hoffe es zumindest.
Und ich hoffe,
wider besseres Wissen,
auf die Vernunft.“**

India Böhm

Die Bezahlkarte kommt nach Österreich

Kein Grund zur Freude:
Warum die Karte Ausdruck rechten Menschenhasses ist
und wie es Initiativen gelingt, die repressive Maßnahme zu unterlaufen.

Laut Innenminister Karner soll die Bezahlkarte im Verlauf des nächsten Jahres im gesamten Bundesgebiet eingeführt werden.¹

Empfänger*innen der sogenannten Grundversorgung (mehrheitlich Asylwerber*innen) sollen zukünftig mithilfe dieser Karte die ihnen gesetzlich zustehenden Geldleistungen empfangen.

Die Bezahlkarte ist im Grunde nach den Funktionsweisen einer klassischen Debitkarte konzipiert. Besagte Gelder sollen allen Leistungsempfänger*innen in monatlichem Turnus auf die Karte überwiesen werden. Doch warum braucht es nun eigentlich eine solche Karte?

Man erhoffe sich, die missbräuchliche Verwendung staatlicher Sozialausgaben zu verhindern, so Karner (*Österreichische Volkspartei*).

Es ginge der Regierung beispielsweise darum, Überweisungen von Geflüchteten in die Herkunftsländer sowie an Schlepper zu unterbinden, um vermeintlich vorhandene Pull-Faktoren (Anreize zur Migration nach Österreich) zu senken.²

Deshalb soll die Verwendung der Karte Restriktionen unterliegen. Laut Karner werde sich hierbei an der bereits in Bayern eingeführten Variante der Bezahlkarte orientiert: Bargeldbehebungen sollen monatlich nur bis 40,- EUR, Überweisungen sowie Onlinehandel wiederum nur äußerst eingeschränkt mit der Karte möglich sein.³

Der Erwerb von Gütern wie Alkohol und Tabak soll möglicherweise ebenfalls begrenzt werden.⁴

Derzeit ist eine Karte nach diesem Modell bereits in Teilen Oberösterreichs im Einsatz.⁵

Wie die Bezahlkarte in Österreich genau aussehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch etwas unklar. Dies liegt mitunter darin begründet, dass letzten Endes die Bundesländer entscheiden können, wie genau sie die Bezahlkarte ausgestalten möchten.

Regulierung oder Diskriminierung?

Das Hauptargument für die Einführung der Bezahlkarte fußt auf der Behauptung, Asylwerber*innen, welche Leistungen aus der Grundversorgung beziehen, würden einen beträchtlichen Teil dieser Gelder an Schlepper oder Familienmitglieder in ihren Heimatländern überweisen.

Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage wurde der zuständige Innenminister Karner um Auskunft gebeten, auf welche Zahlen sich die Regierung in diesem Kontext stütze.

Die Antwort des Ministers lässt sich knapp zusammenfassen: Keine.⁶

Es liegen der Bundesregierung keine Daten vor, ob und in welchem Ausmaß diese Gelder zweckentfremdet werden. Diese Tatsache allein gilt es zu skandalisieren. Der renommierte deutsche Ökonom Herbert Brücker legte bereits Mitte des Jahres eine erste Einordnung der Bezahlkarte vor. Die Höhe möglicher Rücküberweisungen sei nach Brücker nicht von volkswirtschaftlicher Relevanz.⁷ Ferner sei es zweifelhaft, dass Pull-Faktoren auf diese Weise minimiert würden.⁸ Auch wenn Brücker sich in seinen Ausführungen auf die deutsche Version der Bezahlkarte bezieht, ist davon auszugehen, dass sich seine Einschätzungen auf Österreich übertragen lassen. Doch ein tiefgehendes Ökonomieverständnis braucht es nicht, um den absurden Charakter der politischen Argumentationsweise zu demaskieren: Ein Blick in die Leistungssätze der Grundversorgung zeigt, dass am Monatsende sicherlich nicht viel Geld übrig bleibt, welches Asylwerber*innen in ihre Heimat überweisen könnten.

Wenn die Bezahlkarte im Hinblick auf die von Politiker*innen behaupteten Ziele keine Wirksamkeit zeigt, warum wird sie dann überhaupt eingeführt? Um dieser Frage nachgehen zu können, bedarf es zunächst einer Zusammenschau der tatsächlichen Auswirkungen einer solchen Karte. Der weitestgehende Ausschluss der Asylwerber*innen vom Bargeldzahlungsverkehr bringt weitreichende Folgen für die Leistungsempfänger*innen mit sich. So können Asylwerber*innen mit einer Bezahlkarte gerade an den Orten nur mehr eingeschränkt einkaufen, an welchen besonders preisgünstige Waren angeboten werden.

Beispielsweise betrifft dies Wochen- und Flohmärkte. Abgesehen davon bieten Geschäfte im Einzelhandel die Möglichkeit der Kartenzahlung oftmals gar nicht oder erst ab einem bestimmten Betrag an. Personen, die ihre Leistungen mit einer solchen Karte empfangen, können also faktisch weniger mit ihrem Geld anfangen, da sie von diesen Orten – zumindest graduell – ausgeschlossen werden. Neben dem begrenzten Zugang zu Bargeld sind auch Überweisungen nur in sehr eingeschränktem Rahmen möglich. So werden lediglich wenige Überweisungsempfänger*innen von Seiten der Behörden zugelassen (z. B. Anbieter von öffentlichem Nahverkehr). Hierdurch kann sich der Alltag von Betroffenen ungemein verkomplizieren. Ein Kauf auf *Willhaben* oder die Bezahlung einer Anwalt*in wären mit der Karte nur schwerlich möglich.

Die Bezahlkarte schränkt folglich den Alltag ein und schafft zusätzliche Hürden. Die Wirkweisen der Karte auf die Leistungsempfänger*innen lassen sich als gängelnd und diskriminierend beschreiben. Gerade im Hinblick auf Restriktionen bezüglich des Erwerbs von Alkohol und Tabakwaren ist die Bezahlkarte bevormundend und herabwürdigend. Die Maßnahme der Bezahlkarte nimmt keine tatsächlichen Probleme oder Ziele in den Blick. Lediglich erschwert sie das Leben der Menschen, die es in dieser Gesellschaft ohnehin nicht einfach haben. Die Bezahlkarte muss daher als Ausdruck rechtspopulistischer Politik verstanden werden. Einerseits ist die Maßnahme symbolpolitisch: Gegen die Migration würde nun endlich sinnvoll und mit harter Hand durchgegriffen – so will es die Regierung jedenfalls suggerieren. Andererseits sind auch die genannten tatsächlichen Auswirkungen der Bezahlkarte intendiert. Asylwerber*innen unter Generalverdacht zu stellen und diesen Verdacht als Legitimation einer kontrollierenden sowie diskriminierenden Maßnahme heranzuziehen, zielt ebenso auf rechten Stimmenfang ab. Die Grundlage des Ganzen muss deutlich benannt werden: ein gesellschaftlich fest verankerter Rechtsextremismus, der Personen aufgrund ihrer Herkunft, Ethnie, Religion oder ihrem Aussehen rassifiziert und diskriminiert.

Ein Ausflug nach Bayern

Im deutschen Bundesland Bayern wurde die Bezahlkarte bereits im Sommer dieses Jahres flächendeckend eingeführt. Gegen die Maßnahme formierte sich schnell ein Bündnis mit dem Namen *Offen! Für Kartentausch*. Der Initiative gelingt es, die mit der Bezahlkarte verbundenen Einschränkungen zu umgehen – das Prinzip: Asylwerber*innen können in Supermärkten Gutscheine kaufen und an Tauschstellen der Initiative gegen Bargeld einlösen. Auf diese Weise wird den Betroffenen der Zugang zum Bargeldverkehr erleichtert, wodurch die negativen Auswirkungen der Bezahlkarte eingedämmt werde.⁹ Die Unterstützung von Asylwerber*innen vor Ort ist jedoch lange nicht die einzige Funktion, welche die Initiative erfüllt. Das Unterlaufen einer staatlichen Maßnahme wie der Bezahlkarte in dieser subversiven Form stellt ebenjene Maßnahme grundlegend in Frage.

Durch solche Praktiken wird eine radikale Kritik formuliert – ohne diese notwendigerweise verbal ausdrücken zu müssen. Diese Kritik ist so radikal, da sie die ohnehin absurde Maßnahme in wiederum absurder Weise umgeht und auf diesem Wege die Unsinnigkeit des Ganzen herausstreicht. Sie ist besonders eindrücklich, weil sie praktisch und nützlich für die Betroffenen ist. So erfreut sich die Initiative *Offen! Für Kartentausch* seit ihrem Bestehen einer beachtlichen medialen Präsenz. Diese Präsenz nutzt das Bündnis, um Kritik an der Bezahlkarte sowie dem zu grundlegenden gesellschaftlichen Klima zu artikulieren.

Jonathan Vogt

1 Bundesministerium für Inneres: Pilotprojekt Sachleistungskarte, URL: bit.ly/3YjZkJ0 (Zugriff: 29.10.2024)

2 Bundesministerium für Inneres: (ebd.)

3 Brickner, Irene: Asylwerber-Bezahlkarte wird laut Karner 2025 bundesweit eingeführt, Der Standard, URL: bit.ly/3C77j4L (Zugriff: 29.10.2024)

4 Brickner, Irene: Kein Alkohol, keine Öfitickets: Niederösterreich weitet Asyl-Bezahlkarte aus, Der Standard, URL: bit.ly/4e97NEN (Zugriff: 29.10.2024)

5 Bundesministerium für Inneres: (ebd.)

6 17522/AB vom 10.05.2024 zu 18092/J (XXVII. GP), URL: bit.ly/3YFCRaJ (Zugriff: 29.10.2024)

7 Brücker, Herbert: Eine Einschätzung der Bezahlkarte für Geflüchtete, Humboldt-Universität zu Berlin, doi: 10.18452/28529

8 Brücker, Herbert: (ebd.)

9 Offen!: Offen! Für Kartentausch. 50 € Bargeld ist nicht genug, URL: bit.ly/3CdVXn (Zugriff: 29.10.2024)

Inland: ein Film über FPÖ-Wähler*innen und ein Plädoyer für mehr Dialog

Warum die FPÖ? Und was braucht es, damit die Leute auf- hören sie zu wählen? Ulli Gladiks Doku *Inland* bietet Antworten.

Es ist ernüchternd. In den Nationalratswahlen am 29. September 2024 wurde die rechtsextreme *Freiheitliche Partei Österreich* (FPÖ) stimmenstärkste Kraft. Wer wählt diese migrationsfeindliche Partei? Und warum? Und was braucht es, damit Wähler*innen aus eigener Überzeugung aufhören, die FPÖ zu wählen?

Die Suche nach Antworten treibt mich in das *Votiv Kino*. Es läuft *Inland*, ein Dokumentarfilm, in dem die Regisseurin Ulli Gladik drei Wiener FPÖ-Wähler*innen vor und nach der Nationalratswahl 2017 begleitet und zu verstehen versucht, warum sie die FPÖ wählen – ein Film mit frappierender Aktualität.

***Inland:* Wer wählt die FPÖ?**

Ich lasse mich auf den samtigen Kinossessel nieder. Das Licht geht aus, die Vorstellung beginnt. Der rot tapezierte Saal wird von FPÖ-blauen Tönen durchflutet. „Wenn in so zwei bis drei Jahren der Ausländeranteil um 15 oder 20 Prozent abgenommen hat, weil sie die alle geputzt haben, weil man denen die Mindestsicherung gestrichen hat, keine Handys mehr geschenkt hat, dann hat die neue Regierung mein Vertrauen“.¹

Christian Chaluppecky ist sichtlich erfreut über die neue Regierungskoalition zwischen der *Österreichischen Volkspartei* unter Sebastian Kurz und der FPÖ unter Heinz-Christian Strache. Er sitzt – mit Gladik vor der Kamera – in seiner Wohnung auf seinem bunt gemusterten Sofa und schaut sich die Angelobung der neuen Regierung im Fernsehen an.

„Ich werde diese Regierung an ihren Taten messen. Der Sozialabbau wird in dem Fall zunehmen.

Ja, ich hoffe, dass es die Richtigen treffen wird“.² Die ‚Richtigen‘, das sind für den in der Straßenreinigung und Abfallwirtschaft der Stadt Wien arbeitenden Beamten ‚die Ausländer‘.

Es ist offensichtlich: Christian, selber gebürtiger Tscheche, hat ein Problem mit Migrant*innen.

Daher wählt er die FPÖ.

Sozialabbau in Kauf nehmen für eine migrationsfeindliche Politik? Das findet auch der zweite Protagonist in Gladiks Film, Alexander Steinhof, gut. Und das, obwohl der arbeitslose FPÖ-Fan selbst vom Sozialstaat aufgefangen wird. Sein Zimmer in einer Obdach, seine Psychotherapie und sein Lebensunterhalt werden mit öffentlichen Leistungen bezahlt. Dass die FPÖ eben diese Sozialleistungen einkürzen will, findet Alexander nicht gut. Aber das hält ihn nicht davon ab die Partei wieder zu wählen. Es geht ihm schließlich vor allem um die ‚Ausländerpolitik‘. „Also dir ist lieber, den Ausländern geht’s schlechter und dir geht’s auch schlechter, als allen geht’s besser?“³, fragt Gladik hinter der Kamera.

Alexander entgegnet: „Brutal ausgedrückt, ja“.⁴

Warum eine migrationsfeindliche Partei?

Es ist schwer nachvollziehbar. Woher kommt diese migrationsfeindliche Haltung?

Welche Gründe liegen dahinter? Brigitte Beyer, die dritte Hauptfigur der Doku, steht hinter der Theke der Wiener *Espresso Bar Florida*, einem urigen, in der Zeit stehen gebliebenen Kaffeehaus – verrauchte Luft, Jukebox und rustikales Holz, soweit das Auge reicht.

Als Kellnerin im *Florida* macht sie schon seit vielen Jahren zahlreiche unbezahlte Überstunden.

Sie arbeitet viel, verdient sehr wenig und ihre Miete ist hoch. Als ihr vor vielen Jahren eine Gemeindewohnung versagt wurde, hat sie angefangen für die FPÖ zu stimmen. Auf die Frage, warum sie glaubt, dass die Leute im Lokal die FPÖ wählen, entgegnet sie: „Weil sie mit der jetzigen Situation komplett unzufrieden sind, sie verdienen zu wenig, es ist alles teurer geworden“.⁵ Und dann geht es wieder um ‚die Ausländer‘. „Ich haue auch nicht alle in einem Topf. Wenn’s im Brunnenmarkt nicht die Türken geben würde, dann hätten wir den Brunnenmarkt nicht mehr“.⁶

Doch während die ‚Türken‘ im Brunnenmarkt fleißig arbeiten, „sitzen die anderen den ganzen Tag auf der ‚Balkan-Meile‘ in der Ottakringer Straße im Kaffeehaus, fahren teure Autos“.⁷

Ist es also die Tatsache, wenig zu haben, keine Hilfe vom Staat zu erhalten, viel zu arbeiten, abgehängt zu sein, was Migrationsfeindlichkeit potenziert?

Die Vorstellung ist vorbei. Das Licht geht an. Während der Film noch in mir nachhallt und erste Konturen einer Antwort auf ‚Warum die FPÖ?‘ sich in meinem Kopf bilden, setzen sich die Regisseurin Ulli Gladik, der Grünen-Politiker Karl Öllinger und die Moderatorin Alexandra Budanov vor das erwartungsvolle Publikum im Kinosaal, um über den Film zu reden. Gladik zeichnet in der Podiumsdiskussion nach, was die Beweggründe für ihre Gesprächspartner*innen sind, die FPÖ zu wählen. „Am Anfang von Kennenlerngesprächen mit FPÖ-Wähler*innen kamen ständig Ressentiments gegen Migrant*innen. Doch anstatt zu diskutieren, habe ich einfach zugehört und gefragt, wie es ihnen persönlich geht. Dann ging es kaum noch um Migration, sondern um Existenzsorgen, um Probleme am Arbeitsplatz, um Abstiegsängste“.⁸ Die Konturen für eine Antwort auf ‚Warum die FPÖ?‘ werden geschärft. Die Protagonist*innen haben Existenzängste, finanzielle Probleme, erleben Prekarität, sind gekränkt. Migrationsfeindlichkeit scheint ein Ventil für Angst, für Frust, für Resignation prekärer Lebensrealitäten zu sein. Und die FPÖ bietet sich als ideale Plattform dafür an.

Plädoyer: Diskursräume schaffen gegen rechts

Aber was braucht es, damit die Menschen aufhören die ‚Freiheitlichen‘ zu wählen?

Für Filmemacherin Gladik ist klar: „Man muss in einen Dialog mit FPÖ-Wähler*innen treten, um einen Diskursraum zu schaffen, in dem die, die sich abgehängt fühlen, ihre Existenzängste artikulieren können“.⁹ Wer sich gehört fühlt, braucht Wut gegen Migrant*innen nicht mehr als Ventil – so die Idee. Auch in *Inland* pocht Gladik im Gespräch mit Christian auf mehr Dialog statt Polarisierung: „Viele Österreicher sind negativ eingestellt gegenüber ‚Ausländern‘.

Dann gibt’s andere Österreicher, die sind negativ eingestellt gegenüber den Österreichern, die gegen ‚Ausländer‘ sind. Und so sind alle miteinander beschäftigt und schimpfen aufeinander. In Wirklichkeit sollten sich doch die Leute gemeinsam organisieren“.¹⁰ Da ist was dran.

Mehr Dialog bedeutet nicht nur mehr Reden.

Mehr Dialog ermöglicht, dass sich Menschen organisieren, ihre kollektive Macht entfalten, protestieren, etwas tun, um die strukturellen Probleme, die Existenzängste schüren, zu überwinden. Und vielleicht verliert damit die FPÖ ihren Nährboden.

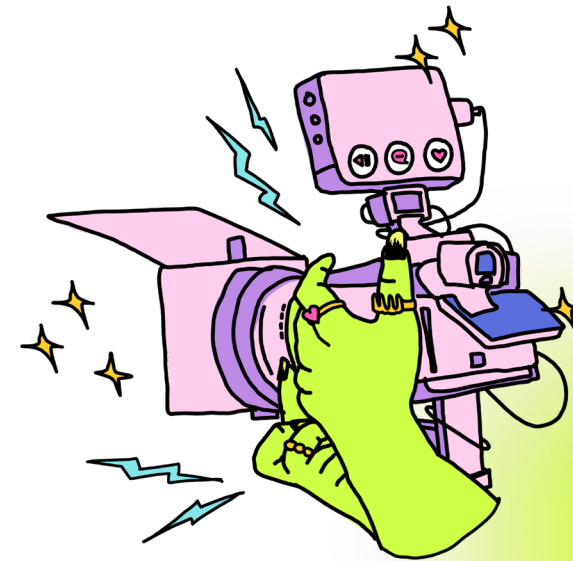
Gladiks Forderung nach mehr Gespräch ist also sinnvoll. Aber birgt das nicht auch Probleme?

Bietet man nicht Rechtsextremen eine Plattform, wenn man mit ihnen in den Dialog tritt?

Zum einen trifft Gladik einen Punkt, wenn sie beteuert, dass es oft Existenzängste und nicht rechtsextreme Grundhaltungen sind, die Bürger*innen die FPÖ wählen lassen. Die FPÖ ist rechtsextrem, ihre Wähler*innen nicht durchweg. Zum anderen bedeutet mehr miteinander und weniger gegeneinander reden nicht, dass man das Gegenüber zustimmt. Zuhören und Zustimmung sind unterschiedliche Dinge. Dennoch: mehr Dialog mit FPÖ-Wähler*innen impliziert Schwierigkeiten und Risiken, die nicht einfach so aufzulösen sind. Es bleibt kompliziert.

So sehr ich Gladik in ihrem Appell nach mehr Dialog zustimme, so wenig bin ich davon überzeugt, dass es reicht, mehr miteinander zu reden. Die sozialen Schieflagen der Protagonist*innen in *Inland* sind real. Mehr Diskurs und mehr kollektive Organisiertheit sorgen vielleicht irgendwann für eine Verbesserung prekärer Lebenssituationen. Es braucht aber sofortige, politische Lösungen in Form von sozialpolitischen Maßnahmen und einer gesellschaftlichen Umverteilung, um real existierender Prekarität ein Ende zu setzen. Existenzängste würden abnehmen, den Menschen ginge es besser, es gäbe weniger Polarisierung. Vielleicht würden dann Christian, Alexander und Brigitte aufhören, die FPÖ zu wählen. Vielleicht dominieren FPÖ-blaue Farben dann nicht mehr den nächsten Nationalratswahlkampf in fünf Jahren. Bis dahin gibt es also noch einiges zu tun.

Marc Necker Velez



- 1 Gladik, Ulli: *Inland*, Wien 2019.
URL: bit.ly/40rk9VF (Zugriff: 13.11.2024), 22:33-23:33.
- 2 Ebd. 22:33-23:33.
- 3 Ebd. 93:00-93:08.
- 4 Ebd. 93:00-93:08.
- 5 Ebd. 24:44-26:17.
- 6 Ebd. 24:44-26:17.
- 7 Ebd. 24:44-26:17.
- 8 Österreichische Hochschüler*innenschaft (ÖH): Filmscreening „Inland“. Podiumsdiskussion mit Ulli Gladik, Karl Öllinger und Alexandra Budanov. Votiv Kino, Wien, 16.10.2024.
- 9 Ebd.
- 10 Gladik 2019, 94:43-95:13.



„Sometimes antisocial, always antifascist“ Eine Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit von Barrieren in der Linken und was man dagegen tun könnte.

Die Bühne lag im Halbdunkel und die tanzenden Silhouetten der Menge verschmolzen im schwachen Scheinwerferlicht. Die Luft war schwer von Zigarettenrauch, Bier und Feuchtigkeit.

Ich bewegte mich allein zu den krächzenden Klängen einer Elektropunkband im Autonomen Zentrum (AZ), während die Menge langsam zu einer imaginierten Einheit verschmolz. Frisch nach Wien gezogen, suchte ich hier Anschluss an die linke Szene, nachdem meine apolitischen Kommiliton:innen kein Interesse an politischem Engagement zeigten. In Deutschland war ich in ländlichen und kleinstädtischen AZs schnell in Kontakt mit Menschen gekommen, doch hier blieb ich nach dem Konzert allein, während sich langsam Grüppchen im Barbereich bildeten. Ich holte mir ein Getränk, doch die Atmosphäre wirkte bedrückend, ich fühlte mich beobachtet, als ob ich mich bei der Kleiderauswahl beziehungsweise im Schwarzton vergriffen hätte. Als ich eine Person ansprach, wandte sich mein Gegenüber nach zwei Sätzen mitten in meiner Vorstellung ab und wieder seinen Freund:innen zu. Auch andere Grüppchen reagierten auf ähnliche Weise. Anders als im sogenannten ‚Kaltland‘, schlug mir hier eine scheinbar ablehnende Haltung entgegen. Kennen lernen konnte ich an diesem Abend niemanden. Er hinterließ eine – wenn auch nur kurze – Antipathie gegen das AZ.

Gespräche mit Genoss:innen bestärken mich, dass ich mit dieser Erfahrung nicht allein bin und meine Erfahrungen exemplarisch für die ersten Begegnungen mit der Wiener Linken stehen. Auch bei großen innerlinken Austauschrunden wird die Unzugänglichkeit der politischen Linken oft kritisiert. Doch woher entspringt diese, welche Funktion(en) erfüllt sie und ab welchem Punkt verunmöglicht sie emanzipatorische Anliegen?

Retrospektiv sind meine Erfahrungen von diesem Abend vermutlich vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses zwischen Offenheit und Sicherheitsanspruch innerhalb der Linken einzuordnen. Ausgehend davon gehe ich folgenden Fragen nach: Wo und wie bestehen Räume, in denen politisch Interessierte andocken können? Gibt es eine Verantwortung für Soziales innerhalb der Linken, beziehungsweise sollte es diese geben – und wie könnte diese organisiert sein?

Bei dem Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden, gilt es unterschiedliche Faktoren zu berücksichtigen. Vielleicht hatte ich an dem Abend einfach Pech und die Angesprochenen wollten nach einem langen Lohnarbeitstag Zeit mit Freund:innen verbringen. Diese Erklärung ist menschlich nachvollziehbar, doch erklärt sie nicht, warum dieses Thema in innerlinken Debatten ein Dauerbrenner ist. Ein weiterer Faktor ist, die Linke als Ziel staatlicher Repression. Abgrenzung nach außen kann je nach Praxisausrichtung sinnvoll oder schlicht notwendig sein, jedoch mutmaßlich ich, dass Punkkonzerte keine Gefahr für die herrschende Ordnung darstellen und eine Abgrenzung an diesem Abend nicht notwendig gewesen wäre. Verdeckte Ermittler:innen sind in Österreich selten und mutmaßlich nicht an einem Punkkonzert interessiert. Durchzieht diese Angst die Linke als sozialen Raum, schlägt sie in Paranoia um und wird so zur Projektionsfläche und dient als Marker für vermeintliche Radikalität und vermeintliche, gesellschaftlicher Relevanz. So wird Abgrenzung nach außen zum Stabilisator der begrenzten Relevanz der Linken und verkehrt ihr Potential. Trotz spöttischer Selbstkritik reproduziert die Linke einen Leistungs- und Anpassungszwang.

Neulingen müssen sich erst beweisen, um zu den ‚cool kids‘ zu gehören. Exponent:innen werden zwar einerseits verachtet, genießen aber dennoch Ansehen in der Szene. Die Abgrenzung nach außen wirkt oft wie Arroganz und Privileg der Etablierten, was sie zum Teil auch sein kann. Soweit sind das – leider allzu bekannte – Grenzen und Probleme von Szenepolitik. Das linke Selbstverständnis steht oft dazu im Widerspruch, da es einerseits Alternativen zu strukturellen Gewohnheiten und Sozialisierungsprozessen aufzeigen will, diese aber andererseits häufig reproduziert. Die Linke ist leider kein Ort, „wo du schwach dich zeigen darfst, ohne Stärke zu provozieren“¹.

Zwar gibt es seit einigen Jahren immer wieder Anlaufstellen, die dieser Leerstelle entgegenwirken wollen, in Wien beispielsweise das *Offene Antifa Treffen* (OAT) oder die nicht mehr existente Gruppe *First Step*. Diese Gruppen sind wichtige Strukturen, um niederschwellige Möglichkeiten für insbesondere junge Menschen zu schaffen, sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen. Für mich ist die Linke jedoch auch ein sozialer Raum, in dem ich neben geteilten politischen Werten auch zwischenmenschliche Beziehungen aufbauen möchte.

Diese soziale Verantwortung, sowohl für Neulinge als auch für den Erhalt der eigenen Strukturen, erlebe ich leider selten. Besonders autonome oder basisdemokratische Gruppen könnten durch ihre losen Strukturen und ihre Hierarchieablehnung Neulingen Austausch auf Augenhöhe und Bedürfnisorientierte Umgangsweisen bei sich ändernden Lebensumständen wie einem Uniabschluss bieten, verlagern die Verantwortung jedoch oft vom Kollektiv auf das Individuum. Doch auch freundschaftsbasierte Gruppen haben Konfliktpotentiale beziehungsweise schaffen sie starre In- und Outgruppen und können durch Beziehungskonflikte zerbrechen und so ihre eigene Handlungsfähigkeit untergraben. In einer kapitalistischen Welt unterliegen auch Linke dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, was wenig Raum für gemeinschaftlich organisierte Carearbeit lässt.

Andere vergleichbare Gruppen außerhalb und in Wien schaffen oft ein offeneres Klima.

Meine Erfahrungen stammen aus eher ländlichen Regionen, wo man mutmaßlich aufgrund des kleinen Kreises Gleichgesinnter weniger exklusiv sein muss. Eine Schlussfolgerung könnte sein, dass das Sicherheitsbedürfnis der Linken oft nicht im Verhältnis zum diffusen Repressionsrisiko steht. Akkurate Analysen wären nötig, um zu entscheiden, wann es sinnvoll ist, sich abzuschotten oder zu öffnen. Für eine Barschicht bei einer Soliparty braucht es keine klandestine Struktur – im Gegenteil, manche würden sich bestimmt freuen, Teil davon zu sein.

Angelehnt an das feministische Motto ‚Let’s be careful with each other, so we can be dangerous together‘ sollte man Umgangsweisen fernab von Konkurrenz und Leistungsdruck etablieren.

Zusammenarbeit muss nicht auf Freundschaften basieren, aber ein netter Umgang hilft, dabeizubleiben. Bei meinem Erlebnis hätte mir eine kurze Erklärung für die Gründe des Desinteresses meiner Gegenüber sehr geholfen – das erfordert kaum Aufwand und hätte einige Unsicherheiten in mir nicht entstehen lassen. Auch in anderen Situationen, wie einer Politpause, kann eine schlichte Begrüßung beim Betreten von Szeneorten Verlegenheit in ein Gefühl von Verbundenheit und Zugehörigkeit verwandeln. Mittlerweile empfinde ich mich als in der Linken etabliert, aber manchmal denke ich an diese Episode und meine Schwierigkeiten zurück. Daraus nehme ich mit, besonders bei kulturellen Veranstaltungen, neuen Gesichtern offener zu begegnen und diesen etwas Zeit und

Aufmerksamkeit zu geben.

Mit Nettigkeiten schafft man keine befreite Gesellschaft, aber vielleicht würden sich so mehr Menschen in der Linken engagieren und dabeibleiben. Weder die Probleme, noch linke Antworten darauf sind neu. Einen Lösungsansatz bietet beispielsweise ein Video² des OATs zur Bedeutung der internen Arbeit und dem Verhältnis von Freund:innenschaft und Genoss:innenschaft.

Angesichts der beschriebenen Dynamiken nehme ich mich selbst überhaupt nicht aus, denn auch meine eigene soziale Kompetenz bewegt sich auf einem Kontinuum zwischen Anspruch und Realität. Die Umsetzung meiner Ansprüche gelingt nicht immer wie gewünscht. Aber in einem bin ich mir sehr sicher: Das beste Rezept gegen den aktuellen Rechtsruck stellt eine starke und widerstandsfähige Linke dar, die nicht nur politisch, sondern auch solidarisch und freundschaftlich verbunden ist.

Sebastian Müllner

1 Adorno, Theodor: Minima Moralia, Frankfurt am Main 1994

2 Offenes Antifa Treffen (OAT): das ABC der Organisation, URL: bit.ly/4fDx9vw (Zugriff: 7.11.2024)

Die Psychologie des (Anti-) Faschismus:

Die sozialpolitische Funktion von Sport in einer postmigrantischen Gesellschaft

Sport besitzt gesellschaftliche Gestaltungskraft. Faschismus ist eine Entwicklung der Gesellschaft. Psychologie kann versuchen, diese Entwicklung zu begreifen. Sport kann versuchen, ihr entgegenzutreten.

Gesellschaftswirksame, antifaschistische Bewegungen im organisierten Sport gibt es viele. Etwa die Clubkulturen großer Fußballvereine wie *St Pauli*, *Celtic FC* oder *FC Barcelona* sind historisch antifaschistisch geprägt. Große, emotionalisierende Sportevents werden oft zu Schauplätzen für politische Gesten. "STOP GENOCIDE – EU don't be an accessory" stand groß auf einer Palästina-Fahne am Spielfeld beim Einlaufen der Spielerinnen des *Frauen Champions League* Finales in Bilbao im Mai 2024, obwohl die UEFA eigentlich keine politischen Gesten erlaubt. Auch das letzte *Champions League* Finale der Männer war politisch aufgeladen: Große Banner der *Borussia Dortmund* Fans kritisieren einen Sponsorvertrag des Clubs mit dem Waffenhändler *Rheinmetall*. 2016 weigerte sich der American Football Spieler Colin Kaepernick die Nationalhymne zu singen, um auf die Diskriminierung schwarzer Personen in den USA aufmerksam zu machen und startete damit weltweit eine antirassistische Bewegung im professionellen Sport. Etwa knien auch heute noch alle Spielerinnen der englischen Fußballliga vor dem Anpfiff jedes Spiels, um auf rassistische Unterdrückung hinzuweisen.^{1,2,3}

Sport hat eine integrative Kraft, eine soziale Aufgabe und gesellschaftspolitische Bedeutung. Dass der organisierte Sport auf Verbandsebene oft dem Faschismus in die Karten spielt und Sport häufig Rechtsextremismus eine Bühne bietet, ist kein Geheimnis. Allerdings hat er auch das Potenzial, sich an psychologischen Erkenntnissen zu bedienen, um eine antifaschistische Handlungsebene zu schaffen.

Die psychologische Erfassung von Faschismus gestaltet sich methodisch schwierig. Während des Nationalsozialismus griffen Erklärungsversuche der wissenschaftlichen Psychologie für faschistische Gesellschaftsentwicklungen auf Freuds 'Psychoanalyse' zurück. Diese beschreibt das Individuum immer als in einen sozialen Zusammenhang eingebundenes und das Selbstgefühl des Individuums anhand seiner sozialer Lage. Faschismus wurde einerseits anhand von Wunschfantasien und nationalistischen Figuren charakterisiert.

Andererseits wurde aggressive Diffamierung als traditionsgemäß erwünscht dargestellt und auch real gewalttätig umgesetzt. Nach früheren psychoanalytischen Überlegungen entstehe ein positives Selbstgefühl im Faschismus allein durch die Zugehörigkeit zu einer spezifischen 'Rasse'. Henry Lowenfeld meint "die ideologische Bedürftigkeit der Massen erweist sich als größer als ihr Hunger nach realen Gütern. Man kann ihnen 'Ehre' statt Brot geben".⁴



Rechtspopulistische Parteien bieten scheinbar einfache Lösungen für komplexe Konflikte. Auch die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) umgeht in ihrem Parteiprogramm konkrete Fragen zu Integration und appelliert an eine ahistorische, homogene 'österreichische Kultur', die durch die Einwanderungsbevölkerung in eine angeblich krisenhafte Situation gebracht werde.

Tatsächliche Daten zu Migration oder Fakten zur österreichischen Migrationsgeschichte, sowie konkrete Handlungsebenen, werden missachtet.⁵

Gegenwärtige Forschung, wie etwa die Korrelationsstudien des Meinungsforschungsinstituts *USUMA* und der *Universität Leipzig* sammeln seit 2002 empirische Belege für den Zusammenhang von Sozialisationserfahrungen und rechtsextremen Einstellungen. Etwa sind in ökonomischen Krisen ethnozentrische Reaktionen wahrscheinlicher. Die psychologischen Grundbedürfnisse Kontrolle, Unsicherheitsreduktion, Selbstwert und Zugehörigkeit können durch extremes ethnozentrisches Verhalten im Sinne der Gruppe stellvertretend erfüllt werden. Gruppenzugehörigkeit und Fremdgruppenabwertung sind immer abhängig von dem gängigen sozialen Referenzsystem der jeweiligen faschistischen Gesellschaftsentwicklung. Wo der Faschismus im Nationalsozialismus mit angeblichen genetischen Unterschieden (*Eugenik*) gearbeitet hat, arbeitet er heute mit der angeblichen Inkompatibilität verschiedener Kulturen. Um diesem 'Kulturismus' entgegenzuwirken, kann die 'Kontakthypothese' herangezogen

werden: die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist signifikant niedriger bei höherem Kontakt zu Migrant:innen. Der soziologische Begriff ‚postmigrantisch‘ versucht in der Forschung die heterogene Zusammensetzung einer Gesellschaft, in der Menschen in verschiedene Netzwerke eingebunden sind, hervorzuheben. Migration wird als historisch konstante Realität und gesellschaftlich konstitutiv gefasst. Für die Betrachtung von Sport als antifaschistische Handlungsebene bedeutet das, einzelne Akteur:innen nicht nur anhand von einer einzelnen Differenzkategorie zu beschreiben.^{6,7}

Theo Zwanziger, ehemaliger Präsident des *Deutschen Fußball-Bunds*, schreibt dem Sport nicht nur eine gesellschaftliche Gestaltungskraft, sondern eine politische Verantwortung für ein ‚soziales und gerechtes Miteinander‘ zu. Laut ihm sollte Präventionsarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Verbandsarbeit sein. Aktuell reproduzieren Sportarten wie Fußball diskriminierende Gesellschaftsstrukturen konstant und von großflächig wirksamer Präventionsarbeit sind einzelne Sportverbände noch weit entfernt.⁸



“Sport, wie die meisten Aktivitäten, ist nicht a priori gut oder schlecht, sondern hat das Potenzial, positive oder negative Effekte zu erzeugen. Fragen wie, ‚Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit Sport gesellschaftlich positive Auswirkungen hat‘, müssen öfter gestellt werden.”⁹

Das Potenzial des Sports speist sich vor allem aus seiner affektiven Komponente und hoher Bindungskraft. Die Vorbildfunktion von einzelnen Akteur:innen wird in der wissenschaftlichen Psychologie hauptsächlich im Marketingbereich untersucht. Studien zu der gesellschaftlichen Wirksamkeit von Sport gibt es zu Homosexualität im Fußball, wo kulturell wirksame Vorstellungen zu Sexualität reproduziert werden. Sportarten wie Fußball sind gesellschaftlich maskulin konnotiert – das ist möglicherweise eine Erklärung für die

hohe Zahl an ‚geouteten‘ Fußballerinnen im Vergleich zu Fußballern. „[Es scheint] nicht möglich zu sein, dass Schwule Fußball spielen [...] und Lesben Eiskunstlaufen können.”¹⁰ Homosexualität hält sich allerdings nicht an Klischees und ist sowohl im Breiten- als auch im professionellen Sport omnipräsent. Damit Fußball als Medium für die Umstrukturierung von kulturellen Vorstellungen zu Sexualität fungieren kann, muss die Existenz von Homosexualität allerdings erst von Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen thematisiert werden. Etwa die *Gay Gooners* des Vereins *Arsenal FC* in London machen LGBTQ+ Akteur:innen im Fußball sichtbar und schaffen einen sicheren Ort für queere Fans. Im Fußball besonders bekannte und einflussreiche Einzelpersonen wie Leah Williamson, Megan Rapinoe oder Mapi León sind offen queer und sprechen Themen zu Homosexualität regelmäßig öffentlich an und üben Kritik an Verbänden aus. Der schwule Fußballer Matt Hatzke meinte etwa, dass es genauso viele queere Fußballer gäbe wie Fußballerinnen, aber Homosexualität im Männerfußball als Tabuthema gilt. Durch das Unsichtbarmachen von Homosexualität wird Diskriminierung reproduziert.^{11,12,13,14,15}

Organisationen wie *Buntkicktgut* beschäftigen sich mit Integration durch Sport. Auch der *Deutsche Olympische Sportbund* stellt in einem Fortbildungskonzept pädagogische Interventionen durch Gruppenreflexionsarbeiten vor. Das Ziel ist es, kulturell bedingte Unterschiede im Sport als Ressource zu sehen. Beispielsweise soll Ambiguitätstoleranz gefördert werden. Das meint die Fähigkeit, Gegensätze entweder zu tolerieren oder an Lösungen arbeiten zu können. Es soll auch Synergiebewusstsein schaffen, also die Fähigkeit, aus Konflikten resultierende Dynamiken zu instrumentalisieren, um prozessorientiertes Neues entstehen zu lassen.¹⁶

Das entwicklungspsychologisch fundierte Programm *fairplayer.com* bietet einen praktischen Rahmen für die Förderung von sozial-emotionalen Komponenten im Mannschaftssport. Das Projekt ist auf die Prävention von aggressivem Verhalten ausgerichtet, appelliert aber an eine Anpassung an andere sozialpsychologische Themen wie Diskriminierung und Integration. Besonders betont wird die Professionalisierung von Trainer:innen im Breitensport. Diese sollen etwa einen intrapersonalen Leistungsvergleich bei Kindern fördern. Die sportliche Leistung von Kindern soll nicht mit der von anderen Kindern verglichen werden, sondern mit früheren, eigenen

Leistungen. Das schafft ein positiveres Selbstbild und stärkt den Glauben an die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Diese zwei Aspekte sind besonders spannend, wenn man sie mit den zuvor erwähnten psychologischen Korrelaten von faschistischen Haltungen vergleicht. Hier könnte etwa weitere Forschung zur praktischen Umsetzung von antifaschistischer Erziehung im Bereich des Mannschaftssports angesetzt werden.¹⁷

Antifaschistische Arbeit im Sport ist auf der Mikroebene durch Einzelpersonen, Organisationen oder Projekte durchaus vorhanden. Psychologische Erkenntnisse bieten erste Ansätze, um auch auf der Mesoebene, also in Sportverbänden und -institutionen antifaschistisch zu arbeiten. Die Verwirklichung dieses Potenzials könnte nachhaltig auf der Makroebene, der Gesellschaft, Wirkung zeigen. Das setzt aber mutige Umsetzungen von Entscheidungsträger:innen in Sportverbänden voraus, die aktuell nur vereinzelt gegeben sind.

Faschismus ist ein sozialpolitischer Prozess, der auf komplexen Narrativen zu Nationalität, Kultur, ‚race‘, Religion und ökonomischen Realitäten fußt und sozialer Gerechtigkeit, Integration und einem Miteinander im Weg steht. Die sozialpolitische Funktion von Sport in einer postmigrantischen Gesellschaft bietet ein Beispiel dafür, wie Forschung auf einer sozial- und sportpsychologischen Ebene ansetzen kann, um faschistischen Entwicklungen vorzubeugen und stattdessen ein produktives Miteinander zu fördern.

Lex Sailer

- 1 Morgan, Tom: Wembley on alert for pro-Palestine protests at Champions League final after ‘wretched’ stunt, *The Telegraph*, URL: bit.ly/4eD9NVU (Zugriff: 18.11.2024)
- 2 Champions League Fan-Proteste gegen Rheinmetall-Deal bei Endspiel, *Der Tagesspiegel*, URL: bit.ly/4fUiqMP (Zugriff: 18.11.2024)
- 3 Bailey, Anais: On this day four years ago: Colin Kaepernick began his peaceful protests during the national anthem, *USA Today Sports*, URL: bit.ly/4fQXwyl (Zugriff: 18.11.2024)
- 4 Lowenfeld, Henry: Zur Psychologie des Faschismus, New York 1935
- 5 Freiheitliche Partei Österreich: Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Graz 2011
- 6 Oliver, Decker: Rechtsextremismus der Mitte.

Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Giessen 2015, 52-195

- 7 Yildiz, Erol: Postmigrantischen Perspektiven. Von der Hegemonie zur urbanen Alltagspraxis, in: Dogmus, Aysun / Karakasoglu, Yasemin / Mecheril, Paul (Hrsg.): *Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft*, Wien 2016, 71-82
- 8 Zwanziger, Theo: Fußball ist Politik – Fußball ist Gesellschaft, in: Hildebrandt, Alexandra: *CSR und Sportmanagement. Jenseits von Sieg und Niederlage: Sport als gesellschaftliche Aufgabe verstehen und umsetzen*, Berlin Heidelberg 2014, 11-15
- 9 Bury, Andrea: Sport has the power to change the world!, in: Hildebrandt, Alexandra: *CSR und Sportmanagement. Jenseits von Sieg und Niederlage: Sport als gesellschaftliche Aufgabe verstehen und umsetzen*, Berlin Heidelberg 2014, 88
- 10 Walther-Ahrens, Tanja: Sportlich vielfältig oder Sport ohne blöde Lesben und olle Schwuchtel, in: Hildebrandt, Alexandra: *CSR und Sportmanagement. Jenseits von Sieg und Niederlage: Sport als gesellschaftliche Aufgabe verstehen und umsetzen*, Berlin Heidelberg 2014, 25-37
- 11 Bury, Andrea: 2014, 85-95
- 12 Trosien, Gerhard: Vorbilder aus dem Sport als Angebot für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, in: Hildebrandt, Alexandra: *CSR und Sportmanagement. Jenseits von Sieg und Niederlage: Sport als gesellschaftliche Aufgabe verstehen und umsetzen*, Berlin Heidelberg 2014, 39-57
- 13 Moss, Molly: Arsenal Gay Gooners: fighting homophobia in football, *IslingtonNow*, URL: bit.ly/3APQR8F (Zugriff: 18.11.2024)
- 14 Goodhand, Daisy: Leah Williamson Addresses Oxford Union: Tackling Key Issues in Women’s Football, *Gooner*, URL: bit.ly/4eDyJ9o (Zugriff: 18.11.2024)
- 15 Compton, Julie: Lesbian visibility at Women’s World Cup has impact far off the field, *NBC News*, URL: nbcnews.to/4fyEmgM (Zugriff: 18.11.2024)
- 16 Kuhl, Mirella / Schmitz, Andreas / Kluß, Anno / *Deutscher Olympischer Sportbund* (Hrsg.): *Sport interkulturell. Fortbildungskonzept zur kulturellen Vielfalt im sportlichen Alltag*, Frankfurt 2010, 6-15
- 17 Hess, Markus / Scheithauer, Herbert: *Fairplayer.com – Förderung sozialer Kompetenzen im Kinder- und Jugendfußball*, in: Hildebrandt, Alexandra: *CSR und Sportmanagement. Jenseits von Sieg und Niederlage: Sport als gesellschaftliche Aufgabe verstehen und umsetzen*, Berlin Heidelberg 2014, 99-116

„Nie Wieder“ ohne Verantwortung?

Im Rahmen einer Studienreise war ich mit einer Gruppe der HV Uni Wien im Jugend-KZ Uckermark. Auf vielen der dort zu findenden Installationen finden sich Variationen des Ausspruchs ‚Nie wieder‘. Beispielsweise: ‚Nie vergeben. Nie vergessen. Nie wieder.‘, ‚Nie wieder Faschismus‘ oder auch ‚Nie wieder Krieg‘.

Im KZ Uckermark waren von 1942-1945 unter anderem ‚sexuell verwahrloste‘, also Menschen interniert, die ein selbstbestimmtes Liebesleben lebten, nicht heterosexuell oder Sexarbeiter*innen waren. Die Personen, die von Armut, Arbeits- und/oder Wohnungslosigkeit betroffen waren, in deren Familien Alkoholismus vorkam oder denen ein angeblicher, nach willkürlichen Gutachten festgestellter ‚Schwachsinn‘ angedichtet wurde, galten als ‚asozial‘. Andere, oftmals junge Frauen*, die sich weigerten, die ihnen zugewiesenen Tätigkeiten auszuüben oder es wagten, Kritik an den Arbeitsverhältnissen zu äußern, beispielsweise weil sie durch diese Tätigkeiten andauernder sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt waren, wurden als ‚arbeitsscheu‘ stigmatisiert und ebenfalls interniert. Wer seine Lebensgestaltung nicht der NS-Ideologie angepasst hatte, wurde als ‚unerziehbar‘ gebrandmarkt.

Mir war bekannt, dass diese Personengruppen verfolgt wurden und diese Formen der Zwangsarbeit und Bestrafung stattfanden. Was mich erschreckte, war vielmehr das Vokabular, das damals verwendet wurde, mir jedoch erstaunlich bekannt vorkam. Ich kenne dieses Vokabular nicht bloß aus dem Geschichtsunterricht, aus Büchern und Dokumentationen, sondern aus Reden und Beiträgen derselben Personen des öffentlichen Lebens, die gerne die Verantwortung Deutschlands betonen und vor sich her tragen, man müsse die richtigen Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Es sind dieselben Personen, die – besonders seit dem 07. Oktober – auf Bühnen und in Talkshows, in Artikeln und Kommentaren, die Pa-
role ‚Nie wieder‘ äußern und von der Bedeutung

der ach so ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ schwadronieren, sich dann aber weigern, Konsequenzen aus diesen Worten zu ziehen.

So beschloss die Ampel-Regierung in Deutschland, die als ‚Fortschrittskoalition‘ mit einem sozialdemokratischen Kanzler antrat, Bezahlkarten für Geflüchtete, die man, wie sie meinten, so besser kontrollieren könne. Für die Geflüchteten bedeuten die Bezahlkarten, dass sie in ihrer Freiheit weiter eingeschränkt werden. Funktionär*innen der Unionsparteien wollen das Modell der Bezahlkarten auch auf als ‚Totalverweigerer‘ verunglimpfte Bürgergeldbezieher*innen anwenden.¹ Derselben Union gehört der erste Kreisrat an, der Geflüchtete zur Zwangsarbeit mit einem Stundenlohn von 80 Cent verpflichtet. Ein Vorgang, der von Parteimitgliedern als „Win-Win-Situation“ beschönigt wird.² Die Entscheidung des besagten Kreises wird als Anstoß genommen, um den Vorgang ebenfalls auf besagte „Totalverweigerer“ und „Faulenzer“ auszuweiten, wie jüngst der CDU-Parteivize Carsten Linnemann forderte.³ Der sozialdemokratische Arbeitsminister Hubertus Heil möchte nun auf Anraten des, liberalen ehemaligen Finanzministers Lindner eine Gesetzesnovellierung, die eine Lücke im Urteil des Verfassungsgerichtshofes ausnutzen und es ermöglichen soll, ‚arbeitsunwilligen‘ Bürgergeldbeziehenden die gesamte Beitragshöhe zu streichen und somit unter das rechtlich festgelegte Existenzminimum zu senken. Auch in Österreich ist die Lage kaum anders. Hier forderte Kanzler Nehammer ein Kürzen des Arbeitslosengeldes auf unter 50 Prozent und zeigte seine Abscheu gegenüber von Armut betroffenen unverhohlen mit seinem Burger-Spruch. Ebenso sind die Rechte von FLINTA* und queeren Personen auf der ganzen Welt bedroht, was sich besonders anschaulich an den Debatten um Abtreibungen, oder Gender und den Anfeindungen gegen Drag-Shows und Pride-Paraden zeigt. Diese Liste ließe sich seitenlang problemlos fortführen.

Was diese Liste an Beispielen zeigen soll, ist, dass es sich leider nicht um die isolierte Inhalte von rechtsextremen Randgruppen wie AfD oder FPÖ, nicht um Ausrutscher einzelner Vertreter*innen der ‚gemäßigten‘ Parteien, sondern um das Programm des gesamten bürgerlichen Politikbetriebes, sogar um die zynische Ideologie unserer kapitalistischen Gesellschaft handelt, die Menschen in ‚nützlich‘ und ‚unbrauchbar‘ einteilt.

Wer ‚Nie wieder‘ sagt, von importiertem Antisemitismus spricht, aber dem eigenen schweigt, wer freiheitlich sein will, aber über den Zwang und Hunger als Arbeitsanreiz nutzt, wer von Frieden spricht, aber Waffen liefert, wer vom Faschismus spricht, aber vom Kapitalismus schweigt, versteht die Tragweite dieser Worte nicht. Denn sie umfassen den Auftrag, die Menschenwürde bedingungslos zu achten, also für ein gutes Leben für alle, wirklich alle, zu streiten. Das können wir offensichtlich nicht Politiker*innen und Medienhäusern überlassen; wir müssen selbst aktiv werden und Verantwortung übernehmen, im Alltag und im Staat, damit es wirklich heißt: **‚Nie wieder!‘**

Felix Schmitz-Stevens

1 Bezahlkarte auch für Bürgergeld-Empfänger: Was würde das für Bezieher bedeuten?, Südkurier, URL: <https://bit.ly/49bqCGx> (Zugriff: 30.11.2024)

2 Muschenich, David: Ausbeutung statt Integration, taz berlin, URL: bit.ly/40RuPNs (Zugriff: 16.11.24)

3 Mendgen, Alisha: Grundsatzprogramm der CDU, rnd Redaktionsnetzwerk Deutschland, URL: bit.ly/3YR0IIH (Zugriff: 16.11.24)

Eine österreichische Malaise

Im Nationalratswahlkampf inszenierte sich Herbert Kickl lustvoll als Volkskanzler, der den Willen des Volkes ins Parlament tragen wird.

Leo Löwenthals Studie *Falsche Propheten* kann Aufschluss darüber geben, welche psychodynamischen Prozesse jenseits der manifesten Inhalte bei den Anhänger*innen in Gang gesetzt werden.

Gut gedacht, schlecht gemacht

Als der FPÖ-Chef Herbert Kickl diesen Sommer bei einem Wahlkampfauftritt einen vom Leder zog und die Gäste der Eröffnung der prestigeträchtigen Salzburger Festspiele allesamt als „Heuchler“ und „Inzuchtpartei“ verunglimpfte, ließ die Empörung nicht lange auf sich warten.

Vom Salzburger Landeshauptmann Haslauer, immerhin in einer Koalition mit der FPÖ, abwärts hagelte es Kritik. Gert Korentschnig mutmaßte im Kurier, dass Kickl gegen die Festspiele und das Publikum wetterte, da dieser als Populist nicht sehen will, was Kunst und Kultur eigentlich ist, nämlich eine „Schule des Selbstdenkens und der Nuancen“. Karoline Edtstadler interpretierte den Sager auf der diskursiven Metaebene und sah die metaphorische Maske Kickls fallen, das zum Vorschein kommende sei eines „politischen Repräsentanten nicht würdig“.

Die Wortmeldungen von Korentschnig wie auch von Edtstadler können als symptomatisch für den Umgang mit Rechten und Rechtsextremen in der österreichischen Öffentlichkeit betrachtet werden und zeigen auf, in welche Sackgassen sich berechnete Kritik bisweilen selbst hineinmanövriert. Gemein ist den beiden Aussagen, dass sie versuchen, Kickls Ausfällen auf einer sachlichen Ebene zu begegnen und ihr auf dieser rationalisierend entgegenzutreten wollen.

Der Inzucht-Sager sei in dieser Kommunikationsmatrix einerseits verwerflich, weil er etwas angreife, in dem Fall die Salzburger Festspiele, das von einem (links-)liberalen Standpunkt als schützenswert erscheint; zum anderen verliere Kickl in seinem blinden Furor - Edtstadler legt das durch das Bild der fallenden Maske nahe - die Beherrschung und verstoße so gegen die Etikette des politischen Betriebes, die im Zweifelsfall die Form höher schätze als den Inhalt.

Kann man das mit Blick auf die jüngere Geschichte der ÖVP, plump gesagt, rassistisch nennen? Ja, gerne, heißt es dann, aber bitte ohne zu einschlägige Wortwahl.

Dass diese Versuche des Entlarvens und Bloßstellens nicht gefruchtet haben, wurde spätestens am 29. September ersichtlich, als die FPÖ mit knapp 29 Prozent als erste über die Ziellinie ging.

Das Scheitern dieser Taktik lässt sich auch jenseits von Österreich feststellen.

Wenn Politiker wie Donald Trump etwa lang und breit den Klimawandel abstreiten und mit krudesten Hörensagen-Anekdoten rassistisch Stimmung machen, werden weder er selbst noch seine eingeschworenen Anhänger*innen zu der Einsicht gelangen, dass die Erderwärmung womöglich doch mit dem CO2-Ausstoß zusammenhängt und dass Migrant*innen aus Haiti keine Haustiere essen, wenn man sie mit entsprechenden wissenschaftlichen Belegen oder Recherchen konfrontiert. Noch ehe der entsprechende Faktencheck publiziert ist, werden schon etliche weitere Lügen und Falschmeldungen fabriziert.

Auf Dauer also eine Taktik, mit der man zwangsläufig ins Hintertreffen gerät.

Kritik jenseits des Faktenchecks

Dass der Versuch, inhaltlich auf rechtsextreme Agitation zu reagieren, zu einem Kampf gegen Windmühlen werden kann, erkannte der Soziologe Leo Löwenthal schon vor über 75 Jahren.

In seiner 1949 veröffentlichten Studie *Falsche Propheten* unternahm Löwenthal, der neben Theodor Adorno und Max Horkheimer zu den Begründern der Kritischen Theorie zählte, den Versuch, die Äußerungen faschistischer Agitatoren in den USA der 1930er und 40er Jahre zu analysieren. Löwenthal war dabei der Ansicht, dass weniger der manifeste Gehalt des Gesagten ausschlaggebend für die Wirkung auf die Zuhörer*innen war, als vielmehr der latente Inhalt der rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Tiraden, die er aus Flugblättern, Radioansprachen und öffentlichen Reden für seine Studie zusammentrug.

Anhand der Prämisse, dass Aussagen einen offensichtlichen, also manifesten Gehalt haben können, daneben aber auch einen latenten und auf den ersten Blick nicht unmittelbar wahrnehmbaren, lässt sich Löwenthals theoretisch-methodologischer Rahmen erkennen.

Ein Spezifikum der Kritischen Theorie war und ist es, marxistisch-materialistische Gesellschaftskritik mit den zentralen Einsichten der Psychoanalyse zu verquicken, um so Phänomenen der im Entstehen begriffenen Massengesellschaften und der Kulturindustrie adäquat begegnen zu können. Löwenthal hält daher zu Beginn der Studie fest, dass er „Agitationsphänomene als Manifestation tiefliegender sozialer und psychologischer Trends“ versteht. Löwenthal zufolge versteht der Agitator¹ wie kein Zweiter, das vage Unbehagen seiner Zuhör*innen gezielt anzusprechen und zu reizen. Dieses diffuse Unbehagen, Löwenthal verwendet dazu den Begriff ‚Malaise‘, ist aber gesellschaftlich bedingt. Es ist nicht einzig allein die Korrumptierbarkeit oder gar die Ungebildetheit der einzelnen Menschen, die sie empfänglich machen für faschistische Propaganda, sondern vielmehr muss man diesen Umstand der Faschisierung als eine Reaktion auf eine feindlich eingerichtete Gesellschaft verstehen.

Die Pointe bei Löwenthal besteht nun darin, nicht einfach reaktionär gesinnten Menschen nach dem Mund zu reden und ihre Sorgen für bare Münze zu nehmen, sondern zeigt die Qualität der Verbindung zwischen dem gesellschaftlichem Außen und dem psychischen Innen beziehungsweise deren Wechselwirkung auf. Zwar weist das soziale Unbehagen, die Malaise, tatsächlich auf gesellschaftliche Realitäten hin, doch zugleich verschleiert und verzerrt es diese. Dieses Unbehagen ist weder eine bloße Illusion des Publikums noch eine reine Erfindung der Agitatoren, sondern vielmehr ein Symptom einer bedrückenden Situation. Konkret geht es um Unabwägbarkeiten und Zwänge, die der Kapitalismus den Menschen aufnötigt: Sorge um den Arbeitsplatz, Angst vor Obdachlosigkeit, Verlust von Autonomie. Löwenthal hält für die Malaise fest, dass „[I]hr psychologischer Gesamteffekt einem chronischen Leiden [ähnelt], einem nicht genau definierbaren ständigen Unbehagen, das ein Eigenleben entwickelt und dessen Quelle unbekannt bleibt.“² Löwenthal spinnt diese medizinische Analogie weiter, wenn er die Malaise mit einer Hautkrankheit vergleicht. Anstatt nun nach einer langfristigen Therapie zu suchen, also die Wirkungsmechanismen einer kapitalistischen Gesellschaft offenzulegen, um so aufzuzeigen, dass eben nicht Juden oder Jüdinnen,

Migrant*innen oder sonstige Minderheiten Schuld an den als belastend empfundenen Umständen sind, empfiehlt der Agitator das Kratzen. Dieser „irrationale Akt der Selbstverstümmelung“, wie Löwenthal es nennt, verschafft aber nur kurzfristig Linderung.³ Denn faschistische Agitatoren versuchen nicht, das Gefühl der Desorientierung zu überwinden, indem sie Probleme mit ihren Ursachen in Verbindung bringen und so rationale Lösungen ermöglichen. Stattdessen zielen sie darauf ab, Orientierungslosigkeit und Ohnmachtsgefühle weiter zu verstärken. Auf lange Sicht wird ein Erkennen der wahren Ursachen systematisch hintertrieben. Eine derartige verquere ‚Gesellschaftsanalyse‘, wie der Agitator sie pflegt, die vermeintlich Schuldige, aber keine strukturellen Ursachen kennt, mündet früher oder später im Pogrom.

Eine österreichische Malaise

Vieles von dem, was Löwenthal in den 30er und 40er Jahren analysierte, wirkt erschreckend vertraut. Umso bedrückender ist, dass die methodologisch und konzeptionell äußerst innovative und originelle Studie *Falsche Propheten* in der öffentlichen Diskussion ein derartiges Schattendasein führt. Zwar wird sie immer wieder aus dem Regal gekramt, aber erleidet bei der Rezeption ein ähnliches Schicksal wie viele Werke der Kritischen Theorie: Ein paar markante Sätze, Stichwort ‚kein Richtiges im Falschen‘, werden herausdestilliert, die zentralen Einsichten, dass die Gesellschaft immer noch kapitalistisch verfasst ist, werden geflissentlich vergessen.

Solange man Kickl vor diesem Hintergrund lieber triumphierend als rechten Reaktionär überführt (als wäre das eine Neuigkeit) und ihn als Flegel stilisiert, weil er die Gäste eines Kulturevents vordergründig biologistisch als ‚Inzuchtpartie‘ bezeichnet, bleibt einem die latente und oftmals wirkmächtigere Ebene seiner Tiraden versperrt. Zuhörer*innen von Kickl, egal ob bereits eingefleischte FPÖler*innen oder Sympathisant*innen, dürfte vielmehr der Subtext interessiert haben. Angekommen sein dürfte viel eher, dass Österreich von moralisch verkommenen Menschen gesteuert werde, denen das Wohlergehen des Volkes herzlichst egal ist.

Nicht nur bedient Kickl damit eine diffuse Elitenkritik, die vor allem während der Coronapandemie ihre Blüten trieb und nicht selten in blanken Antisemitismus mündete, sondern lieferte im Zuge des Wahlkampfes auch gleich die Lösung mit. Helfen kann nur ein Volkskanzler, der wieder für Zucht und Ordnung sorgt.

Löwenthal hält am Ende von *Falsche Propheten* nüchtern fest, dass eine detaillierte Analyse von rechter und faschistischer Agitation nur schwerlich deren Reiz zerstört oder gar eine politische Gegenstrategie offenlegt. Zumal die Spezifika jeder Epoche berücksichtigt werden müssen. Nichtsdestotrotz ist eine derartige Auseinandersetzung mit Agitation, die die strukturellen gesellschaftlichen Gründe einerseits und deren irreführende Auslegung durch den Agitator andererseits im Zusammenspiel betrachtet, ein „nicht unwesentlicher Teil Schritt zu ihrer Verhütung.“⁴

David Mehlhart

1 Leo Löwenthal (1982 [1949]): *Falsche Propheten*. Studien zur faschistischen Agitation. In: Ders.: *Schriften* 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–160, S. 12.

2 Ebd., S. 30.

3 Ebd., S. 31.

4 Ebd., S. 152.



Kein verzichtbarer Luxus

Ende November geht ein Ruck durch die deutsche Kulturszene. Nachdem Kulturschaffende wochenlang Alarm geschlagen haben, nimmt die Berliner Landesregierung massive Kürzungen vor. Ein lokales Phänomen ist das aber nicht – auch Österreich fährt einen zunehmend aggressiven Kurs gegen Kunst und Kultur.

„Der Open Mike wird abgesagt.“ Raunen, tuscheln, fassungslose Gesichter. Erste wütende Kommentare. Immer wieder stellt jemand die Frage: Warum?

Ich bin auf einer Literaturveranstaltung für junge Autor:innen, und die Streichung des Open Mike ist das Thema des Abends. Der Open Mike ist ein Wettbewerb für junge Schreibende, der den Einstieg in die Literaturszene ebnet. Er bietet vielen erstmals eine größere Bühne für ihr schriftstellerisches Schaffen und im besten Fall auch ein Preisgeld. Ein Sieg bedeutet, kurzzeitig im Rampenlicht zu stehen und möglicherweise von einem Verlag entdeckt zu werden. Viele wichtige zeitgenössische Autor:innen waren Preisträger:innen des Open Mike.

Die Führung der schwarz-roten Koalition in Berlin präsentierte Ende November ein Sparpaket für den Landeshaushalt 2025. Im Kulturbereich ist eine Kürzung von rund 130 Millionen Euro vorgesehen, was etwa 12 Prozent des Gesamtbudgets ausmacht. Diese drastische Maßnahme sorgt für Bestürzung und Entsetzen in der Kulturszene. Betroffen sind zahlreiche Projekte und Institutionen, die sich jetzt mit der Unsicherheit konfrontiert sehen, wie ihre Arbeit weitergeführt werden kann. Auch die Wohnungsnotfallhilfe, die freie Jugendarbeit und weitere soziale Einrichtungen sind betroffen und teilweise in ihrer Existenz bedroht. In der Stadt hat es massive Proteste gegen die Kürzungen gegeben, die Regierung hat sie trotzdem umgesetzt.

Die Kürzung trifft die Kulturbranche zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Nach der Pandemie hat die Szene gerade begonnen, sich langsam zu erholen. Nun haben viele Projekte so große finanzielle Löcher, dass sie um ihre Existenz

kämpfen müssen. Besonders betroffen sind Nachwuchskünstler:innen, kleine Theater, unabhängige Filmproduktionen und lokale Festivals – also alles, was im weitesten Sinne subkulturell ist.

In Österreich ist noch alles gut. Oder?

Während in Deutschland massive Einschnitte umgesetzt werden, scheint die Lage in Österreich derzeit stabiler. Der bundesweite Kulturhaushalt für 2024 sieht keine Kürzungen, sondern sogar moderate Erhöhungen vor. Dennoch sind auch in Österreich viele alarmiert, denn bei den Kürzungen in Berlin handelt es sich nicht nur um ein lokales Phänomen, sondern um eine strukturelle Tendenz des Kulturabbaus. Diese Tendenz ist mit einem Erstarren rechtsextremer und neoliberaler Kräfte verknüpft:

„Bildung, Kunst & Kultur und das Sozialsystem werden die ersten Opfer einer FPÖ-Regierung sein. Die staatliche Förderung wird Institutionen (NGOs, Vereine, gesetzliche Interessensvertretungen, usw.) streichen, die von der FPÖ als politische Gegner begriffen werden. Österreich wird an Lebensqualität verlieren.“¹

Das ist These 4 der *10 Thesen über die Gefahr einer FPÖ Regierungsbeteiligung*, veröffentlicht von der Rosa Antifa Wien. Neben der Nähe zum Rechtsextremismus steht die FPÖ für Angriffe auf die Kultur – vor allem, wenn sie inhaltlich nicht passt. So sind etwa Gipfelkreuze als Teil alpiner Tradition ein subventionswürdiges Kulturgut für die freiheitliche Partei. Die Eröffnung des Kulturhauptstadtjahrs 2024 sei hingegen ein „Minderheitenprogramm“ und ein „obszöner Schaulauf der links-alternativen Kulturschickeria“.² Doch neben der FPÖ beteiligen sich auch andere Parteien am fortschreitenden Kulturabbau. Es lohnt sich ein Blick nach Oberösterreich, Vorarlberg und Kärnten.

Kürzen, sparen, zerschlagen

Von Oktober bis Dezember 2017 initiierte die *Kulturplattform Oberösterreich* (KUPF) gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Kampagne *Rettet das Kulturland Oberösterreich*.³ Ziel war es, die massiven Kürzungen im oberösterreichischen Kulturbudget durch die schwarz-blaue Landesregierung zu verhindern.

Die Initiative sammelte über 17.000 Unterschriften, organisierte Demonstrationen und ging in Verhandlungen mit den politischen Verantwortlichen. Trotzdem konnten die Kürzungen nicht vollständig gestoppt werden.

Zwar wurde die Kürzung des Fördertopfs für regionale Kulturinitiativen von 30 Prozent auf 10 Prozent abgeschwächt, Budgetmittel aus 2017 für 2018 eingesetzt, und Härtefälle wie Kündigungen oder Vereinsauflösungen sollten durch Einzelfallprüfungen vermieden werden. Diese Fortschritte waren wichtig, aber nicht ausreichend. Der Verlust bleibt schmerzhaft und ist bis heute spürbar – rechnet man die Inflation ein, ergibt sich seit 2001 ein realer Wertverlust der Förderungen von 66 Prozent. Dazu schreibt die KUPF:

„Eine Wende in der Kulturpolitik hat sich in Gang gesetzt und wird uns hart treffen.“

In Vorarlberg hat die IG Kultur Alarm geschlagen. Das Kulturbudget wurde 2023 um nur 2,4 Prozent erhöht, was inflationsbedingt eine Kürzung um 7 Prozent bedeutet. Es wird je eine Ausstellung weniger in Kunsthaus und Vorarlberg Museum und eine Inszenierung weniger am Landestheater geben. Aber vor allem der autonome Bereich steht vor unüberwindbaren Hindernissen. „Autonome Kultureinrichtungen benötigten unbedingt existenzhaltende Maßnahmen. Die sind derzeit komplett sich selbst überlassen. Viele wissen nicht, wie sie mit den Teuerungen umgehen sollen. Die gehen unter.“⁴, sagt Mirjam Steinbock, Bundesvorsitzende der IG Kultur. Bis 2024 regierte in Vorarlberg eine Koalition aus ÖVP und Grünen.

Auch das Kärntner Kulturgremium blickt mit großer Sorge auf einen drohenden kulturellen Kahlschlag, den Klagenfurt/Celovec⁵ 2025 plant – insbesondere, falls kein Budget für das kommende Jahr beschlossen wird.

In diesem Fall greift die sogenannte 12tel-Regelung, bei der Pflichtausgaben des Vorjahres auf monatliche Beträge verteilt werden. Aktivitäten ohne gesetzlich vorgeschriebene Förderpflicht könnten aus Spargründen nicht mehr finanziert werden.⁶ Bürgermeister in Klagenfurt ist derzeit Christian Scheider (Team Kärnten, vormals FPÖ). Das Kulturgremium kritisiert außerdem die bundesweite Sparstrategie: „Es ist bei einem Ausfall der Förderungen seitens der Stadt auch mit Konsequenzen auf Landes- und Bundesebene zu rechnen, da die derzeitige Förderpraxis eine „Drittelösung“ vorsieht, die bedeutet: fördert die Stadt, steigt das Land ein, steigt der Bund ein. Andersrum: der Bund steigt aus, wenn Stadt und/oder Land nicht fördern.“⁷

Was tun?

Kultur ist kein verzichtbarer Luxus. Das gilt nicht nur für die Menschen, die aktiv Kunst schaffen. Eine Zerschlagung der Kulturlandschaft bedeutet, Begegnungsorte, Diskursräume und subversive Projekte anzugreifen. Es trifft die kleinen, autonomen, meist gratis zugänglichen Räume immer am härtesten. Rechte Parteien sind auf dem Vormarsch und werden in Zukunft mehr und mehr Einfluss nehmen – auf den Staat, das öffentliche Leben und auf die materiellen Lebensumstände aller Menschen. Um vor politischen Angriffen geschützt zu sein, braucht es auf lange Sicht eine von staatlichen Förderungen unabhängige Kulturlandschaft. Das bedeutet: Es ist dringend notwendig, solidarische Förderstrukturen und Netzwerke aufzubauen und Kultur als gemeinschaftliches Projekt wahrzunehmen, an dem wir alle teilhaben.

Leonie Pürmayr



1 Standard-Redaktion: „Welche Kulturpolitik der FPÖ vorschweben würde“. Der Standard, 2024. URL: <https://bitly.cx/KdPAp3>

2 Standard-Redaktion: „Vorarlberger Kulturbudget sorgt für Unmut bei IG Kultur“. Der Standard, 2022. URL: <https://bitly.cx/aMx4>

3 Kulturretten.at

4 <https://www.derstandard.at/story/20001418657-51/vorarlberger-kulturbudget-sorgt-fuer-unmut-bei-ig-kultur>

5 Slowenische Schreibweise von „Klagenfurt“

6 Offener Brief des Kärntner Kulturgremium

7 Ebd.

**„Erschreckt sie nicht,
sie sind so zart!“¹**

Kaum etwas hat einen derartigen Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs in Bezug auf Proteste wie deren Auftreten. Inhalte rücken oft in den Hintergrund.



Schon 1931 kritisierte Kurt Tucholsky in seinem Werk *Rosen auf den Weg gestreut*, aus welchem auch der Titel dieses Textes stammt, den Umgang der damaligen Politik mit den Nazis. Knapp hundert Jahre später läuft die Diskussion um Rechts-extreme und antifaschistische Gegenwehr beinahe identisch.

Um dem Problem auf den Grund zu gehen, muss man die linke, progressive Sichtweise verlassen und sich ausnahmsweise der simplifizierenden Hufeisen-theorie hingeben, denn sie bildet die Grundlage für diesen Diskurs.

Die zwei Enden des Eisens versinnbildlichen die ‚Extreme‘ von Links und Rechts und in der Mitte - mit Tendenzen in eine jeweilige Richtung - befindet sich die bürgerliche, demokratische Mehrheitsgesellschaft. Diese umfasst alle Spektren zwischen liberal-konservativ und sozialdemokratisch, solange sie auf dem Boden der Verfassung stehen.

Wenn innerhalb dieser Mitte nun über politische Bewegungen gesprochen wird, versucht man diese in den allermeisten Fällen entlang der Hufeisenlinie einzuordnen: Fällt sie in den Bereich der Extreme, hat sie keine Berechtigung, fällt sie in den ‚demokratischen‘ Bereich, muss man sie zumindest dulden; je zentraler, desto besser.

Bildet sich nun eine Gegenströmung zu einer Bewegung, wird auch diese entlang der Hufeisenlinie platziert und dementsprechend als legitim oder illegitim eingestuft.

Sehr gut zeigen lässt sich das am Umgang mit den deutschnationalen Burschenschaftlern an der Uni-Rampe der Universität Wien und beim Akademikerball: Es ist seit Jahrzehnten offenkundig, welche ideologischen Vorstellungen die Mitglieder dieser Burschenschaften haben und in welchen politischen Kontexten sie auftreten.

Viele von ihnen stehen ‚klassischen‘ Neonazis ideologisch um nichts nach, doch statt mit Schlauchschal und Baseballschläger treten sie in Anzug und Lackschuhen auf. Als einfache Andersdenkende, die sich selbst immer am rechten Rand des demokratischen Spektrums positionieren, stellen sie sich als Opfer einer vermeintlich undemokratischen Cancel-Culture dar, die durch Angehörige des linken Extrems des Hufeisens gegen sie gefahren wird.

Kommt es dann wieder einmal zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen Burschenschaftlern und Antifaschist_innen, wird das im Diskurs der Mitte als ein Konflikt zwischen den Extremen dargestellt, bei dem nun mal eine der beiden Seiten zuerst zugeschlagen hat.

Beschränkt sich der Protest allerdings auf eine Demonstration ohne direkten Kontakt, bei der sich auch Angehörige der ‚Mitte‘ gegen die rechts-extremen Burschenschafter positionieren können, dann ist das in Ordnung, obwohl die Forderungen in beiden Fällen die gleichen sind.

Ein ähnliches Beispiel wären die Proteste des christlich-fundamentalistischen *Marsch für das Leben* (MfL): Hier wird im Diskurs das vermeintliche Gefälle zwischen lebensbejahenden Familien und Menschen aller Altersstufen auf der einen und verummten, aggressiven jungen Erwachsenen auf der anderen Seite als ein klarer Fall dargestellt. Dass es sich bei den Teilnehmenden des *Marsch für das Leben* zu nicht unwesentlichen Teilen um frauen- und queerfeindliche Angehörige des rechten Spektrums handelt, ist zweitrangig. Wäre das Auftreten der Fundamentalist_innen militanter, ähnlich dem ihrer ideologischen Verbündeten in den USA oder Georgien beispielsweise, wäre auch der Diskurs über die Gegenproteste ein anderer.

Und hier schließt sich der Kreis und das Problem der Hufeisentheorie in Bezug auf aktuelle rechtsextreme Bewegungen wird sichtbar: Eine politische Bewegung wird in vielen Fällen nicht anhand ihrer Anschauung und Ideologie einem Spektrum zugeordnet, sondern anhand ihrer Wahrnehmung und ihren Methoden. Vereinfacht: Je gewaltbereiter eine Bewegung oder Gruppe wahrgenommen wird, desto extremer wird sie eingestuft. Auch Symbolik und Rhetorik spielen hierbei eine große Rolle; Begriffe wie ‚Rückführung‘ klingen nun einmal weniger martialisch als ‚Deportation‘.

Solange dieses martialische, militante Element fehlt, verliert sich die ‚Mitte‘ in Lösungsvorschlägen, die zwar eine Verurteilung der Inhalte möglich macht, aber bloß nicht das Recht auf freie, friedliche Meinungsäußerung einschränkt, da dies in den Augen der ‚Mitte‘ ja ebenfalls undemokratisch wäre.

Die Ideen zum Umgang damit variieren:

Die einen sagen, man solle den Rechtsextremen keine Aufmerksamkeit schenken; die anderen sagen, es brauche ein staatliches Verbot von Gruppen und Parteien und wieder andere wollen mit Lichtermeeren und lustigen Plakaten ‚Zeichen setzen‘. Nimmt sich nun allerdings jemand dem Problem praktisch an und versucht, Parteitage oder Demonstrationen zu verhindern, auch mit militanteren Methoden, ist das der ‚Mitte‘ oftmals schon wieder zu viel.

Sie fällt zurück in die oben beschriebene Dynamik und meint, dass diejenigen, die gewaltbereiter erschienen, die extremeren Antidemokrat_innen seien. Dabei haben sowohl friedliche als auch militantere Formen des Protests ihre Vor- und Nachteile und Daseinsberechtigung.

An den Neonazi-Protesten gegen CSDs in Deutschland ist das ebenfalls gut zu erkennen: Sobald die Proteste martialischer werden, wird der antifaschistische Widerstand dagegen eher

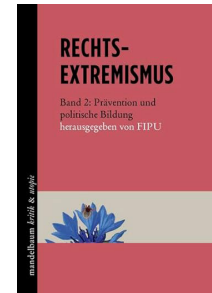


gutgeheißen. Dabei sind Proteste gegen Pride-Paraden nichts neues, sondern seit Jahrzehnten Bestandteil des rechtsextremen Aktivismus. Der Unterschied? Früher konnte man einfacher sagen, dass es sich bei den Protesten nur um ein Häufchen Fundamentalist_innen und anderer versprengter politischer Randgruppen handele, denen man keine Aufmerksamkeit schenken sollte. Komplett übersehen wird dabei, dass sowohl die alten als auch die neuen Proteste gegen queere Menschen eine Gefahr für diese darstellen.

Durch die fortschreitende Diskursverschiebung nach rechts brauchen sich rechtsextreme Gruppierungen immer weniger Gedanken um ihr Auftreten zu machen. Es gab für Rechtsextreme in vielen Fällen auch nicht die Notwendigkeit, sich durch Aktionen gegen Linke unnötig zu gefährden, da das - wie sie meinen - erstens sowieso durch die Polizei erledigt werde und zweitens komfortabler für die Darstellung als Teil des ‚demokratischen‘ Spektrums sei. Der Luxus der politischen Mitte besteht darin, sich, aufgrund der fehlenden konkreten Betroffenheit durch die Forderungen der extremen Rechten, auf das Auftreten und nicht die Inhalte politischer Proteste fokussieren zu können. Menschen, die allerdings durch rechte Politik aktiv in ihrer Existenz und ihrer Sicherheit bedroht sind, haben diesen Luxus nicht.

Für diese Personengruppen waren die Forderungen schon immer martialisch und der Widerstand dagegen daher immer legitim. Ob man sich als selbsternannte Demokrat_innen wirklich fragen möchte, inwieweit die Intoleranz der Rechten toleriert werden darf oder ob man sich solidarisch mit den Betroffenen zeigt, das sollten Vertreter_innen der ‚Mitte‘ in Anbetracht des aktuellen politischen Klimas für sich entscheiden.

Hannes Zaunhuber



Thorsten Mense/
Judith Goetz:
Rechts, wo die Mitte ist.
Die AfD und die
Modernisierung des
Rechtsextremismus

Unrast, 2024 / 313 Seiten
€ 21,50



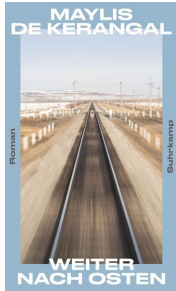
FIPU:
Rechtsextremismus:
Prävention und
politische Bildung

Mandelbaum, 2017 / 270 Seiten
€ 16,90

Ausdrücke wie der ‚Rechtsruck‘ oder auch ‚die Brandmauer gegen den Rechtsextremismus‘ sind in aller Munde. Insbesondere die Parteien der Mitte propagieren eine klare inhaltliche wie moralische Abgrenzung zu rechtsextremen Parteien. Suggestiert wird ein Bild, in welchem die sogenannte Mitte klar abgetrennt ist und differenzierter agiert als die extreme Rechte. Mense und Goetz zeigen als Herausgeber:innen im Sammelband, warum der Mythos der Mitte so nicht funktioniert. Es wird deutlich, dass konservative Parteien oftmals als Steigbügelhalter für rechtsextremes Gedankengut dienen – ‚die Brandmauer‘ steht nicht. Ideologische Gleichheiten wie der Nationalismus, das traditionelle Familienbild und binäre, heteronormative Vorstellungen einen diese Parteien. Darüber hinaus zeigt das Buch auf, inwiefern das neoliberale System dem Rechtsextremismus dient. Ökonomische Unsicherheiten und der Krisencharakter des Kapitalismus ermöglichen es faschistoiden Gruppierungen, die Unsicherheiten der Bürger:innen zu schüren und zu ihren Gunsten zu manifestieren. Auch die vermeintliche Liberalisierung des Systems steht extremen Rechten nicht im Weg. In mehreren Kapiteln wird in *Rechts, wo die Mitte ist* analysiert, wie Parteien wie die AfD queere und migrantische Personen aufnehmen und vermarkten. Das Bild der diskriminierenden Partei wird somit bewusst umgewälzt, wobei dieser offensichtliche Widerspruch keine Hürde darstellt. Im Weiteren wird das Vorgehen der AfD dargelegt. Durch einen regen Online-Auftritt sowie die Zusammenarbeit mit deutschnationalen Burschenschaften und den ‚Identitären‘, gelingt es rechtsextremen Parteien, über den Kosmos der Berufspolitik hinauszugehen und Bürger:innen aus verschiedenen Bereichen abzufangen und zu radikalisieren. Das Buch stellt sowohl diesen Radikalisierungsvorgang wie auch die Strategien der AfD dar, wobei diese auch im österreichischen Kontext angewendet werden können. Durch eine systemische Kritik des Kapitalismus wie auch des Konservatismus wird deutlich, wie diese Systeme den Aufschwung rechtsextremer Parteien überhaupt erst ermöglichen.

Der zweite Band der Reihe zu Rechtsextremismus der *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU) fokussiert sich auf die Bildung sowie Präventionsmaßnahmen, um Rechtsextremismus entgegenzuwirken. Eingeleitet wird das Buch mit einer Definition des Rechtsextremismus/Faschismus sowie einem Abriss der Geschichte der politischen Bildung. Auf systemischer Ebene wird aufgezeigt, dass politische Bildung in Schulen wie auch Universitäten zu kurz kommt. Der Fokus liegt hierbei stets auf der neoliberalen Logik, wonach Personen als Arbeitende herangezogen werden. Wie mehrere Beiträge des Bandes veranschaulichen, ist es in einer neoliberal geprägten Gesellschaft kaum möglich, Rechtsextremismus zu bekämpfen. Dieses Problem muss vielmehr an der Wurzel gepackt werden, wobei es ein systematisches Neudenken der Bildung und der Gesellschaft benötigt. Schüler:innen und Studierende müssen demnach als ‚handelnde politische Subjekte‘ im Sinne Adornos, verstanden werden. Motivation für politische Bildung muss stets die Subjektbildung sein, wobei die Kritik der Ideologien und bestehenden Gesellschaft im Mittelpunkt steht. Gibt es solch eine Bildung als Grundstein, wird dem Rechtsextremismus das Handwerk gelegt. Emotionalisierende Politik, wie es rechtsextreme Parteien betreiben, ist die Grundlage, um Bürger:innen in Zeiten der Unsicherheit zu radikalisieren. Wird der Fokus innerhalb der Gesellschaft jedoch weg von dem Leistungs- und Konkurrenzdenken bewegt, hin zu einer aufklärerischen, kritischen Denkweise, können diese Strukturen erst beendet werden. Wie durch die Beiträge im Sammelband veranschaulicht wird, ist es im gegenwärtigen neoliberalen, konservativen System nur schwer möglich, Rechtsextremismus zu bekämpfen, geschweige denn zu präventieren. Was vonnöten ist, ist eine systematische Veränderung, wobei die Subjekt- und Empathiebildung im Vordergrund stehen muss, um diskriminierende Denkweisen zu brechen.

Kristina Dertnig



**Maylis de Kerangal:
Weiter nach Osten**

Suhrkamp, 2024 / 91 Seiten
€ 20,60

In *Weiter nach Osten* erzählt Maylis de Kerangal von Aljoscha, einem jungen russischen Soldaten, der gegen seinen Willen zur Armee eingezogen wird. Zusammen mit seiner Kompanie reist er auf der Transsibirischen Eisenbahn, ohne das Ziel zu kennen. Bei jeder Haltestelle ist er fest entschlossen, zu desertieren, doch alleine will es ihm nicht gelingen. In den engen Gängen des Zuges begegnet er Hélène, die vor ihrer Fernbeziehung flieht. Sie verständigen sich mit Blicken und Gesten, rauchen gemeinsam Zigaretten, beide schlaflos. Bei Tagesanbruch wird der Altersunterschied zwischen ihnen plötzlich spürbar und Hélène möchte in ihr Abteil zurück, doch Aljoscha wittert seine Chance auf Freiheit. Als sie den jungen Soldaten schließlich in ihrem Abteil versteckt, entsteht zwischen den beiden eine zaghafte, aber tiefe Solidarität. Obwohl Hélène von Aljoscha genervt ist und die Gefahr, die von ihm ausgeht, nicht einschätzen kann, vertraut sie ihm, weil auch er ihr vertraut. Das zentrale Thema des Romans ist die Solidarität inmitten von Gewalt und Zwang. Aljoscha und Hélène befinden sich in einer Lage, in der das Vertrauen, das sie füreinander aufbauen, eine Frage des Überlebens ist. In einer Welt, in der Freiheit und Sicherheit auf dem Spiel stehen, wird ihre Verbindung zu einem Akt des Widerstands gegen die Entfremdung und die Gewalt des Krieges.



**Jason Stanley: Wie
Faschismus funktioniert**

Westend, 2024 / 203 Seiten
€ 22,70

Droht uns eine Wiederkehr des Faschismus? Sind die liberalen Demokratien von heute auf dem Weg in eine neue autoritäre Gesellschaftsform? Diese Frage steht düster im Raum. Selbst diejenigen, die mit Begriffen wie ‚Faschismus‘ vorsichtig umgehen, können nicht ignorieren, dass die liberale Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine fragile Errungenschaft, die bedroht werden kann. Es ist dieser Hintergrund, der Jason Stanleys in den USA bereits 2018 unter dem Titel *How fascism works: the politics of us and them* erschienenenes Buch motivierte. Durch die jüngsten Entwicklungen 2024 hat es eine neue Relevanz erlangt und liegt nun auch in deutscher Übersetzung vor, die Stanleys Analysen einem breiteren Publikum näher bringt. Stanley, Jacob-Urowsky-Professor für Philosophie an der Yale University, beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit der Theorie des Faschismus. In diesem Buch legt er die zentralen Merkmale und Mechanismen faschistischer Politik in 10 kurzen Kapiteln offen. Dabei veranschaulicht er seine Argumente mit zahlreichen aktuellen Beispielen. Das Buch zeigt, dass Faschismus keine neue oder einmalige Bedrohung darstellt, sondern eine dauerhafte Versuchung, die immer wieder aufflammen kann. Stanleys zentrale Botschaft lautet, dass der Kampf gegen den Faschismus nicht nur ein Reagieren auf akute Gefahren ist, sondern ein kontinuierliches demokratisches Engagement erfordert. Auch wenn der Blick auf die Welt oft hoffnungslos erscheinen mag, bietet dieses Buch eine andere Perspektive. Es ruft dazu auf, die Demokratie aktiv zu verteidigen und zu stärken – nicht nur als Abwehr gegen den Faschismus, sondern als grundlegendes Ziel. Gleichzeitig vermittelt es wertvolle Werkzeuge, um die Bedrohungen für die Demokratie zu erkennen und ihnen mit klarem Verstand und Mut zu begegnen.

Nadja Etinski



**Ruth Maria Thomas:
Die schönste Version**

Rowohlt, 2024 / 272 Seiten
€ 24,70

Jella ist eine junge Frau und seit einiger Zeit in einer glücklichen Beziehung mit Yannick. Das Paar lebt gemeinsam in einer schönen Wohnung in einer ostdeutschen Kleinstadt. Sie lernen sich in einer Bar kennen, stürzen sich in eine Liebschaft, kommen schnell zusammen. Yannick verkörpert vieles, was Jella sich von einem Partner wünscht: Er ist liebevoll, gebildet, charmant. Ein Künstler, der sich für die feinen Dinge interessiert. Ein perfekter Schwiegersohn. Vermeintlich – denn Yannick zieht Jella in eine Gewaltspirale, aus der sie nur schwer wieder herauskommt. Rückblenden in Jellas Jugend wechseln sich mit der Gegenwart ab, in der sie versucht, das akute Trauma von Yannicks Übergriffen zu bewältigen. Sie kämpft um ihre Würde: „Meine Magenwürde. Meine Halswürde. Meine Körperwürde. Meine Alleswürde.“ Es ist eine Geschichte, die viel Identifikationspotenzial bietet: Detailreich und erschreckend ehrlich erzählt Jella vom Aufwachsen als Teenagerin, von erster Liebe, Freundinnenschaft und Heartbreak. Subtil schwingt die Prekarität der ostdeutschen Provinz mit.

Ihre Erzählstimme ist mal rotzig, mal melancholisch, mal plain, mal poetisch. Manchmal kommt sie ganz nah, manchmal wahrt sie Distanz. Jella wandelt durch ein Labyrinth von Geschlechterstereotypen, Klassenverhältnissen, Schlankheitswahn. Sie geht darin verloren, findet sich, geht wieder verloren. Stellenweise ist es schwer, die Erzählung auszuhalten – so nah gehen die Beschreibungen patriarchaler Gewalt und seelischer Manipulation. Es ist eine Herausforderung, Jella dabei zuzusehen, wie sie um Handlungsmacht über ihre Wahrnehmung und ihren Körper ringt. Doch es lohnt sich. Denn mit der Zeit setzt sich die Geschichte von Jella zu einem komplexen Bild einer jungen Frau zusammen, die vieles gleichzeitig ist: lustig, gemein, schlau, gutgläubig, verzweifelt, hoffnungsvoll.

Ruth Maria Thomas zeigt in ihrem Debütroman, dass partnerschaftliche Gewalt nicht erst bei physischen Übergriffen beginnt, sondern schon lange davor. Der Roman setzt am Gipfel der Gewalt an und verhindert dadurch, dass diese zu einem voyeuristischen „Höhepunkt“ wird. Es geht nicht um Gewaltdarstellung als Selbstzweck. Es geht um die Geschichte einer Frau, die nicht darauf reduziert wird, Opfer zu sein. Damit gelingt dem Roman eine Erzählung, die über die Hauptfigur hinausgeht, für unzählige Betroffene steht und ihnen eine Sprache gibt.

Leonie Pürmayr

Ausblick

Liebe Leser:innen!

Fokus dieser Ausgabe lag auf dem Weg aus dem Faschismus. Wir hoffen, dass wir mit Kritiken und Analyse wie auch eigenen Berichten einen Ansporn geben konnten, antifaschistisch zu kämpfen.

Für jede Ausgabe suchen wir neue Autor:innen, also wenn auch du Interesse hast, bei der nächsten Ausgabe einen eigenen Artikel zu verfassen, schreib uns gerne mit den Eckdaten (Thema, Textform, Aufbau, Perspektive, Länge) an zeitgenossin@oeh.univie.ac.at.

Darüber hinaus freuen wir uns immer über neue Illustrator:innen und Fotograf:innen.

Falls du jede Ausgabe erhalten möchtest, schreibe uns gerne eine E-Mail.

Um am Laufenden zu bleiben, folge uns am besten auf Social Media oder unserer Webseite.

Unsere nächste Ausgabe erscheint im April 2025 und widmet sich der kommenden ÖH-Wahl.

Bis bald
eure *zeitgenossin*

Impressum

Herausgeberin

Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2–4,
1090 Wien;
Tel. 0043 (0)1 4277 19501

Redaktion

Nadja Etinski, Leonie Pürmayr, Pauline Hutterer,
Elin Samson, Kristina Dertnig

Autor_innen dieser Ausgabe

Offenes Antifa Treffen Wien, Nadja Etinski, Diana Röthlinger, Tamara Mijatovic, India Böhm, Jonathan Vogt, Marc Necker Velez, Sebastian Müllner, Lex Sailer, Felix Schmitz-Stevens, David Mehlhart, Leonie Pürmayr, Hannes Zaunhuber, Kristina Dertnig

Satz & Layout

Flo Berrar

Lektorat

Amy Wittenberg, Marlene Losch

Fotos

Jonas Schwarz
S. 10-13; 24-27; 36-37; 42-45; 58-61

Louise Valeria Lotzing
Cover und Rückblatt, S. 18-19; 52-53

Illustrationen

afa.glitch

Anzeigen

Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
insertate@oeh.univie.ac.at

Druck

Markus Putz Print Agentur

Erscheinungsdatum

Dezember 2024



UNSER WIDERSTAND IST MENSCHLICHKEIT

Jeder noch so kleine Beitrag hilft uns, das Leid der Menschen an den EU-Außengrenzen zu verringern. Deine Spende hilft nicht nur humanitär, sondern auch politisch. Gemeinsam bekämpfen wir illegale Gefängnisse, menschenunwürdige Camps und das Unrecht an den EU-Außengrenzen auf der Balkanroute.

IBAN: **AT20 2011 1842 8097 8400**
Kontoinhaber: **SOS Balkanroute**
PayPal: **team@sos-balkanroute.at**

FASCHOS IM PARLAMENT?



ANTIFA JETZT!

OFFENES ANTIFA TREFFEN
IMMER AM 2. DIENSTAG IM MONAT, 19 UHR
KULTURZENTRUM ALTHANGRUND, 1090 WIEN

Kältetelefon
01-480 45 53
0-24 Uhr



Du willst einen Schlafsack und warme Mahlzeiten schenken? Hier kannst du helfen:



Asyl in Not

Du möchtest aktiv solidarische Strukturen aufbauen?
Du möchtest Rechtsarbeit politisch nutzen?
Du kannst dein Ego in den Hintergrund rücken und kollektiv arbeiten?
Dann werde aktiv bei Asyl in Not!



es gibt keinen Schutz - außer wir organisieren ihn!



Spendenkonto:
IBAN: AT14 2011 1841 8594 1400
BIC: GIBAATWWXXX
paypal.me/asylinnot
www.asyl-in-not.org



Kontaktiere uns
Sibeliusstraße 5/1/R01, 1100 Wien

T.: 01/408 42 10

